Die politischen Hintergründe des 9. November 1923

Kunst im Druck GmbH München

Die politischen Hintergründe des 9. November 1923.

Die Rede General Ludendorffs vor dem Volksgericht in München 1924.

Herausgeber:

Ludendorffs Verlag G.m.b.H., München 2 NW.

Vorwort.

Meine Rede vor dem Volksgericht in München am 29. 2. 1924 und mein Schlußwort in dem Prozeß sind ein Stück Geschichte.

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die überstaatliche Macht Roms ist klar enthüllt, nicht minder aber auch die Notwendigkeit des völkischen Zusammenschlusses des Deutschen Volkes und der Volksschöpfung auf völkischer Grundlage. Ich stellte als Ziel hin:

„Wir wollen nicht einen Rheinbund von Frankreichs Gnaden, nicht einen Staat unter dem Einflusse marxistisch-jüdischer oder ultramontaner Gewalten, sondern ein Deutschland, das nur den Deutschen gehört, und darin nichts herrscht als Deutscher Wille, Deutsche Ehre und Deutsche Kraft! Einen Hort des Friedens — so wie zu Bismarcks Zeiten."

Diesem Ziele bin ich seitdem nachgegangen, nur noch vertieft durch wachsende Rasseerkenntnisse und das Gotterkennen aus arteigenem Rasseerbgut, wie es aus den religionphilosophischen Werken meiner Frau spricht.

Das Ziel, das ich damals der völkischen Bewegung stellte, hat jetzt die völkische Grundlage gefunden. Diese Grundlage besteht in dem Handeln jedes Deutschen bei Ausübung jeder Lebensbetätigung in Übereinstimmung mit Rasseerbgut und arteigenem Glauben unter sorgfältiger Beachtung der Rasseschwächen, in Einordnung in das Volk nach unantastbarem Sittengesetz und Erfüllung des Sinnes des Menschenlebens in sittlicher Freiheit. Wer eine Grundlage für völkische Lebensbetätigung gewinnen will, der mache sich auch meine Ausführungen vor dem Volksgericht zu eigen, er kann auf ihnen weiter schreiten, wie ich es tat.

Ludendorff

Die Rede vom 29. 2. 1924 vor dem Gericht.

„Meine Freunde und Kameraden haben hier meiner Person eine besondere Stellung geben wollen. Aber ich stehe hier als Deutscher Mann, der keine besondere Stellung haben will.[1]) Ich bin bereit, meine Aussage zu geben; ich bitte aber den Herrn Vorsitzenden, nicht von mir zu verlangen, daß ich auf Fragen antworte wie die, als ob ich etwa aus persönlichen Gründen Hitler veranlaßt habe, am 8. November zu handeln, weil ich gewußt hätte, daß ein paar Tage darauf Berliner Kreise handeln wollten. Das setzt Gedankengänge voraus, die ich nicht kenne. Mein Leben liegt hier klar vor aller Welt: es war selbstlose Arbeit und treue Hingabe an mein Kaiser- und Königshaus, mein Volk und mein Vaterland und an die Armee.

Meine Teilnahme an dem Unternehmen begann mit dem 21. Oktober. An diesem Tage wurde mir die Inpflichtnahme der bayerischen Truppen durch den bayerischen Staat bekannt. Ich erblickte darin eine militärische Meuterei und einen schweren Bruch der Weimarer Verfassung, auch wenn ich keinen Grund habe, sie zu verteidigen, und den Beginn einer Lockerung und Schwächung des Reiches, die ich für unvereinbar hielt mit unserer Stellung in der Welt als Volk und Staat, und damit die gewaltsame Durchsetzung gewisser Absichten, die ich seit langem mit schwerster Sorge verfolge. Auf diese Absichten und ihre Verwirklichung muß ich eingehen, sonst wird mein Verhalten unverständlich; geht ja doch auch die Anklageschrift darauf ein.

Ich muß aber, ehe ich darauf komme, folgende Gesamtfeststellung geben:

Ich bin ein alter Mann geworden unter der ungeheuren Last, die 4 Jahre und lange Zeit davor auf mir gelegen hat, unter der schwe-

---

[1]) Außer General Ludendorff waren angeklagt: Adolf Hitler, Dr. Weber, Oberstleutnant a. D. Kriebel, Hauptmann a. D. Röhm, Oberleutnant a. D. Brückner, Leutnant Wagner, Oberleutnant a. D. Pernet, Dr. Frick.

ren Arbeit für die Wehrhaftigkeit des Volkes in der Vorkriegszeit, in dem Ringen mit dem Volke während all dieser Zeit. *Aber mein Herz ist jung und schlägt in heißer Sehnsucht für die Freiheit unseres Landes und des ganzen Volkes.* Alle Worte aus der wundervollen Rede Herrn Hitlers in der gestrigen geschlossenen Sitzung geben auch mein heißes Sehnen wieder, nur kann ich es nicht so ausdrücken wie Herr Hitler.

Ich sehe den Niedergang unseres Vaterlandes, den Zusammenbruch unseres Volkes, das unglückliche Schicksal meines Kaiserhauses, nicht als einen Akt äußerer Gewalten, sondern als Schuld innerer Verhältnisse.

Über meine Stellung gegenüber der *marxistischen Gedankenwelt* können Zweifel nicht bestehen. Ich erinnere an das Wort Scheidemanns[2]) vor dem Kriege in Paris, der dem französischen Arbeiter versicherte, wir würden nicht auf ihn schießen, sie wären Freunde und Bundesgenossen, sie hätten dieselben gemeinsamen Feinde, und die stünden anderwärts. Dann kam jenes Wort, daß ein Deutscher Sieg nicht im Interesse der sozialdemokratischen Partei läge, daß die Deutschen Siege den Frieden verhinderten, es kamen die Munitionsstreiks, es kam endlich jenes furchtbare Wort vom 20. Oktober 1918, jenem Tag, an dem unser Zusammenbruch begann: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie diesmal siegreich heimgebracht zu haben."[2]) Ich kann Vertreter dieser Richtung mit ihrem geschichtlosen Denken nicht für fähig halten, das Deutsche Volk zur Freiheit zu führen. Es handelt sich aber um die Freiheit des Volkes, und darum bin ich ein Gegner des Marxismus.

Eng mit der marxistischen Gedankenwelt zusammenhängend steht *das jüdische Volk in Deutschland.* Ich habe die Judenfrage im Kriege kennen gelernt. Ich habe im Kriege und in der Nachkriegszeit mich ernst und gewissenhaft mit dem jüdischen Weltproblem beschäftigt. Für mich ist die Judenfrage eine Rassenfrage, die jüdische Rasse ist der unsrigen entgegengesetzt, sie verdirbt die unsrige physisch, blutmäßig und moralisch. Die Juden sind Fremdkörper im Deutschen Volke. Sie können nicht Deutsche Belange verstehen und das Deutsche Volk zur Freiheit führen, sie haben ebensowenig in Deutschland zu

---

[2]) Scheidemann: Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1918 kaiserlicher Staatssekretär, November 1918 Volksbeauftragter, Reichsminister, dann Oberbürgermeister in Kassel.

[3]) Worte des Juden Rathenau.

herrschen wie etwa der Franzose und Engländer. Darum bin ich Gegner der Juden.

Nun muß ich mich mit schwerem Herzen noch einer dritten Frage zuwenden. Ich berühre sie sehr ungern, ich bitte, mir das zu glauben, es ist mir bitter ernst mit dem Wohl des Volkes, und darum muß es geschehen. Es handelt sich dabei um große geschichtliche Zusammenhänge, die berührt werden müssen, die wir aber unter dem ungeheuren Geschehen des Weltkrieges vergessen haben. Es wird uns heute gelehrt, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei, aber mag sie noch so einflußreich sein, letzten Endes werden nur geistige Mächte und Ideen die Geschicke der Welt bestimmen. Sie erstreben Macht, werden damit zur Politik und ergreifen die Wirtschaft, um sich zu festigen. Hoher Gerichtshof, ich wende mich der ultramontanen Politik zu.

Nun höre ich schon in der ganzen Presse: Jetzt predigt Ludendorff den Kulturkampf! Nein, ich schätze die Segnungen der katholischen Religion ebenso wie die der protestantischen. Ich beneide sie um die Zucht ihrer Kirche.[4]) Ich kann sie versichern, meine Herren: Ich bewundere die Tapferkeit der katholischen Frontsoldaten ebenso wie die der protestantischen. Aber ich bin fest überzeugt: Die vielen katholischen Frontsoldaten, die für ihr Vaterland gefallen sind, wollten ebenso nur ein starkes Deutschland wie die vielen protestantischen.

Die Vorgänge hier in Bayern nach Gründung des Reiches im Jahre 1871 sind bekannt. Ich stelle fest, daß nicht alles so glatt ging, wie so oft angenommen wird. Starke Widersprüche regten sich und waren zu überwinden. Auf Einzelheiten versage ich mir einzugehen. Auch in Preußen waren ultramontane Kräfte tätig, die seinen Aufstieg als ein Unrecht empfanden. Ich habe in Posen, Thorn, Straßburg gestanden und habe gefunden, wie sehr die Zentrumspolitik dem Deutschen Reiche hinderlich war. Oberschlesien wurde durch diese Zentrumspolitik polnisch und ging uns teilweise verloren.

Bismarck sprach es aus, daß die Politik des Zentrums eingestellt ist auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaisertum, und meinte weiter: „Reichsfeinde theoretisch und absolut sind die Herren nicht, aber das Reich wie wir es haben, paßt ihnen nicht.“ Und dann: „Bei jedem modus vivendi

[4]) Ich habe mein Urteil über die christliche Lehre und ihre Organisationen geändert. Christentum ist unserem Rasseerbgut ein Fremdglaube und unvereinbar mit ihm.

wird Rom eine evangelische Dynastie und Kirche als eine Unregelmäßigkeit und Krankheit betrachten, deren Heilung die Aufgabe seiner Kirche ist."

Die Macht des Kaisergedankens jedoch festigte das Reich. Sie war so stark, daß die Gefahren scheinbar an Bedeutung verloren. Das Reich Bismarcks schien für die Ewigkeit geschaffen und sich im Volkstum immer tiefer zu verankern. Es schien ein Deutsches Volk sich heranzubilden. Da kam der Weltkrieg. Die Kräfte wirkten sich aus, die in der Vorkriegszeit gegen das Reich gestanden hatten. Es brach zusammen, das protestantische Kaiserhaus fiel. Im Volk blieb das Reich verankert, so wie es Bismarck geschaffen hatte. Was aber würden des Volkes Führer tun?

Nach der Revolution war ich in Schweden. Dort hörte ich vom Wunsche nach einem Sonderfrieden in Bayern. Der „Bayerische Kurier"[5]) schreibt am 26. November 1918 in Nr. 329 unter — wohlgemerkt — der Spitzmarke „Nutze die Stunde!": „Warum Herr Präsident Eisner[6]), lassen Sie das alte von Preußen beherrschte Reich nicht verschwinden wie die deutsche Kokarde?" Ferner: „Sagt euch endlich los von einem Deutschland, in dem Preußen und Berlin, das herrschsüchtige, immer noch den Ton angeben wollen. Sagen Sie, Herr Minister, nochmals: Bayern will den Sonderfrieden. Alles, was nicht-preußisch ist, wird sich uns (Bayern) anschließen." Und weiter: „Ebenso sicher kommt schließlich der Deutsche Staatenbund ohne das Berlinertum und sein spezifisches Preußen... Herr Minister, ich glaube, Sie denken selbst so — ich sage: Los von Preußen! schaffen Sie den verfassungsmäßigen Volksstaat Bayern, erbitten Sie den Sonderfrieden — wir werden den Frieden haben, nur die Preußen nicht, die der slawische Einschlag verdorben hat."

Das ergriff mich. Schärfer und unschöner kann der Separatismus nicht gepredigt werden. Herr Eisner — der Verbündete des „Bayerischen Kuriers"!

Ich möchte ausdrücklich bemerken, daß ich hier nicht als Ankläger stehe; das überlasse ich den wirklich Deutschfühlenden Deutschen. Sondern ich reihe hier Tatsachen an Tatsachen, um zu zeigen, wie gewisse Anschauungen in mir entstanden sind und entstehen mußten, als ein

---

[5]) Das führende Blatt der Bayerischen Volkspartei, einer Schwesterpartei des römischen Zentrums.

[6]) Jude, Bolschewist und seit dem 7. 11. 1918 bis zu seiner Ermordung im Februar 1919 Diktator Bayerns.

Mann, der dartun will, wie er veranlaßt wurde, in dieses Unternehmen vom 21. Oktober einzutreten.

Ein weiteres, sehr ernstes Symptom der soeben gekennzeichneten Wirkung jener geistigen Mächte, und zwar diesmal im Gewande der Wirtschaft, war der Aufsatz des Herrn Dr. Georg Heim im „Bayer. Kurier" vom 30. November und 1. Dezember 1918.[7]) Leider kann ich aus diesem Aufsatz nur einiges bringen, obschon kein Wort daraus verlorengehen sollte. Als Hintergrund möchte ich geben, daß damals in Deutschland Verhältnisse bestanden, die wirklich nicht verlockend waren, sie waren aber in München jedenfalls nicht besser als in Berlin, vielleicht noch schlechter, es war kein Recht dazu da, die Verhältnisse im Norden trüber anzusehen als die in Bayern unter Herrn Eisner. Es war noch kein Zustand eingetreten, nach dem die Deutschen Bayern mit Recht oder Unrecht als Ordnungszelle ansehen konnten.

Herr Dr. Heim[8]) schreibt nun in seinem zweiten Aufsatz über „Die künftige Gestaltung Deutschlands":

„Herrn Eisners Ideal ist der sozialdemokratische Deutsche Einheitsstaat ohne innere Grenzen ...

Ich stamme aus einer großdeutschen Familie und hatte in meiner früheren Jugend Gelegenheit, oft und oft aus dem Munde meines Vaters von jenen traurigen Zeiten zu hören, wo noch Zollschranken im Reich die äußeren Zeichen jener traurigsten Kleinstaaterei gewesen sind. Aber als Realpolitiker komme ich zu folgenden Erwägungen, indem ich die unabänderlichen Tatsachen nehme, wie sie sind:

Es ist fraglos und nicht zu diskutieren, daß nach der neuen Gestaltung der Dinge in Österreich die Entente unter gar keiner Bedingung die Angliederung der 10 Millionen Deutsch-Österreicher selbst an das durch Abtrennung von Elsaß-Lothringen und der polnischen Ostprovinzen verkleinerte Altdeutschland gestattet. Daran habe ich keinen Augenblick gezweifelt. Meine Informationen bestätigen dies. Es ergibt sich nun die Frage, was aus den Deutsch-Österreichern wird.

---

[7]) Der Aufsatz „Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft" von Dr. Georg Heim zerfällt in zwei Teile. Der hier gemeinte zweite Teil steht in Nr. 333 und 334 unter der Überschrift: „Die künftige Gestaltung Deutschlands".

[8]) Ein Führer der Bayerischen Volkspartei.

Es gäbe zwei Möglichkeiten:

Erste Möglichkeit: Das restige Altdeutschland bleibt Staatenbund wie bisher"

— ich bemerke, daß wir nach meiner Auffassung kein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat waren —

„und Deutsch-Österreich ein Torsostaat für sich.

Zweitens: Deutsch-Österreich oder Teile von Deutsch-Österreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands. Vom bayerischen Standpunkt aus betrachtet wäre das letztere entschieden vorzuziehen."

Was mit dem übrigen Deutschland geschehen soll, ist hier nicht gesagt. Wien und Niederösterreich sollen ausgeschlossen sein. Dr. Heim fährt fort:

„Auch wir vom bayerischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenschluß von Bayern, Vorarlberg, Tirol, Steiermark, Oberösterreich wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gleichen Empfinden, ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll...

Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Österreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefüge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstrebt diesen Anschluß."

— das heißt doch mit klaren Worten: Bayern geht aus dem alten Reich! —

„Meiner Ansicht nach" — fährt Dr. Heim fort — „kann nur das letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende: Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen... Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet, mit dem erweiterten alten Rheinbund[9]), Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Österreich. Hierfür sprechen aber auch noch andere Gründe. Wenn die Österreicher sagen, wir wollen warten, bis Wien wieder den Wienern gehört und sich vom

[9]) 1806 unter der Protektion Napoleon I. durch die süddeutschen und rheinischen Teilfürsten gegründet.

internationalen Bolschewismus und der Versumpfung freigemacht hat, so gilt das gleiche gegenüber Berlin und den norddeutschen Industriegebieten."

— Aber das norddeutsche Industriegebiet ist doch das Gebiet, das Dr. Heim für den Rheinbund beansprucht. —

„Wer die Entwicklung der Dinge in Berlin kennt, der muß mit mir der Meinung sein, daß eine solche Gruppierung in Deutschland allein die Rettung aus dem Sumpf bedeutet.. Wir wollen die ohnmächtigen Versuche, den Marxismus, das theoretische Produkt jüdisch-zersetzenden Geistes in die Praxis zu übersetzen, den Norden machen lassen, bis er zur Besinnung kommt... Es wird ein Auflösungsprozeß werden, gefördert durch Korruption, wie sie in den schlimmsten kapitalistischen Zeiten nicht erlebt wurde. Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grunde mit der Hoffnung späterer Wiedervereinigung unbedingt abtrennen.

Ähnliche Erwägungen haben bereits in den übrigen Deutschen Bundesstaaten Boden gewonnen, selbst bis in die Reihen der Sozialdemokraten hinein. Ich erinnere an die sehr deutlichen Bekundungen von Hessen, Baden, Württemberg, und erinnere ferner an die Bewegung in der Rheinprovinz und in Hannover."

Das war 1918. Im Frühjahr 1919 war die bekannte Zusammenkunft Dr. Heims mit französischen Offizieren in Wiesbaden, über die Woodrow Wilson in seinen „Memoiren und Dokumenten" schreibt:

„Ja, Frankreich wollte nicht einmal von der Einbeziehung Österreichs in eine süddeutsche Staatenkonföderation etwas wissen. Wir erfahren von einer Zusammenkunft Dr. Heims aus Bayern mit rheinischen Verschwörern und verschiedenen Vertretern in Wiesbaden, worüber Foch am 19. Mai 1919 dem Rate berichtet:

„Heim sprach zuversichtlich von der Loslösung sämtlicher anderer bedeutenden Staaten von Preußen und über die Bildung einer neuen Konföderation mit Einschluß Deutsch-Österreichs unter einem „Protektorat" der Entente, hauptsächlich in wirtschaftlicher Beziehung. Er betonte, daß ein derartiger, katholischer und konservativer „Block" eine wirksamere Barriere gegen den Bolschewismus bilden würde, als es ein verpreußtes Deutschland je vermöchte."

Mir sind die Erklärungen Dr. Heims darüber bekannt, aber auch die des damaligen Reichskanzlers Scheidemann, er habe erst jetzt aus der Presse ersehen, was für Pläne Dr. Heim damals verfolgt habe. Jedenfalls hat bei mir, der ich mich mit der Frage ernstlich beschäftigt hatte, die Erklärung das Gefühl gestärkt, daß die von Herrn Dr. Heim in Wiesbaden vertretenen Ansichten für Deutschland verderblich seien. Sie bewegen sich vollständig in der Richtung seines Aufsatzes.[10])

Dr. Heim wendet sich besonders gegen den Ausdruck „katholisch-konservativer Block", der nur für einen Eventualfall habe vorsorgen sollen. Um diesen Eventualfall ging meines Erachtens die ganze Zusammenkunft, und dieser Eventualfall liegt heute noch in seiner Zielrichtung vor.

Aus dem Jahre 1920 liegt mir nun ein sehr eingehender Schriftwechsel zwischen Herrn Geheimrat Dr. Heim und Herrn Graf v. Bothmer vor, dessen Beziehungen zu französischen Kreisen ja hinreichend bekannt sein dürften. Das Bild verschiebt sich hier etwas. Das föderalistische Deutschland tritt in den Vordergrund. Ich möchte hier ausführlicher werden, um zu zeigen, welche Gedankengänge vorlagen, um meine Sorgen verständlich zu machen.

Am 25. März 1920, nach dem Unternehmen Kapps, das bekanntlich Bayern die Regierung Kahr brachte, schreibt Graf v. Bothmer an Geheimrat Heim:

„In Köln war man nahe daran, eine eigene Staatsregierung zu bilden... sich dabei auf englische Hoffnungen verlassend. Dadurch, daß ich die Gruppe der Rheinischen Volksvereinigung geschlossen gegen eine solche voreilige Staatsbildung Stellung nehmen lassen konnte, und dadurch, daß der engere Anschluß der föderalistischen Organisationen des Rheinlandes an Bayern einen Schritt vorwärts gekommen ist, besteht die Möglichkeit, daß eine kluge Staatsführung von Bayern aus auf die politische Gestaltung der Dinge in West- und Süddeutschland den für uns nützlichen und notwendigen Einfluß ausüben kann. Dabei habe ich die Beobachtung gemacht, daß Sie, verehrter Herr Geheimrat, überall der Mann des Vertrauens und der Erwartung sind... Über gewisse Unterredungen, die ich führe, will ich Ihnen nur mündlich Mitteilung machen. Wieder einmal habe ich genauen Einblick in die Tätigkeit Dr.

[10]) Die separatistische Bewegung, die nach den Wünschen Roms Deutschland auflösen sollte, wird jetzt erst völlig klar enthüllt. Die wiedergegebenen Briefe zeigen einige handelnde Personen, lange nicht alle.

Dortens[11]) genommen, und wiederum bin ich fortgegangen mit der Überzeugung, daß er der klugen und überlegenen Arbeit dieses Mannes zu danken ist, wenn der Rhein ein Deutscher Strom bleibt. Es ist der unauffälligen und intensiven Arbeit Dr. Dortens geglückt, die großrheinische Bewegung in ihre Bestandteile aufzulösen. Heute haben wir das Bestreben, das ganze hessische Gebiet einschließlich Marburg und Gießen mit der Rheinischen Republik zu vereinigen, und diese somit rechtsrheinisch zu verankern und außerdem mit einem starken Prozentsatz evangelischer Bevölkerung zu durchsetzen, so daß diesem Staate nicht das Odium, Werkzeug kirchlicher Machtpolitik zu sein, angehängt werden kann. Um diesen Dingen bestimmte Form zu geben, habe ich mich noch einige Tage in Darmstadt aufgehalten, um dort eingehend mit Brentano und dem eigentlichen Träger der hessischen Staatspolitik, dem Prinzen Leopold von Isenburg, zu beraten. Brentano ist ein schlauer Personalienwahrer und Parteipraktiker, aber durchaus subaltern als politischer Intellekt. Wir müssen aber seinen Eitelkeiten und Ambitionen Rechnung tragen, dann wird er manches Nützliche leisten."

Dann schreibt Graf Bothmer in einem Briefe von 21. April 1920:

„Nun darf ich wohl noch ein Wort über die Verbindung Prof. Försters sagen. (General Ludendorff bemerkt hier: Das ist dieser Förster, den wir als Landesverräter kennen!) Ich glaube, daß wir auch hier vollständig einig gehen. Professor Förster wird uns eine wichtige Figur, weniger in der aktiven diplomatischen Arbeit, als zu dem Zwecke, einerseits das Mißtrauen der Franzosen gegenüber uns in bezug auf den Revanchegedanken zu beseitigen, und anderseits, um dafür zu sorgen, daß er seine guten Beziehungen zu den sozialdemokratischen Gruppen ausnützt, um diese aus dem unitarischen Lager in das föderalistische herüberzuziehen. Wenn es uns gelingt, Förster gerade bei den Sozialdemokraten des Rheinlandes und der süddeutschen Staaten einzusetzen, dann wird er hier sehr viel Nützliches schaffen können."

In seinem Brief vom 4. Mai 1920 zählt Graf v. Bothmer verschiedene Einzelheiten auf, die er unternommen hat, um den Wirkungkreis der bayerischen Politik im Rheinland zu erweitern. Was würde Bayern sagen, wenn Preußen z. B. in Franken ähnlich handeln würde? Ich habe diese Handlungen als einen Treubruch an

---

[11]) Rheinischer Separatistenführer.

ungeschriebenen Gesetzen angesehen, um Deutschland ins Unglück zu stürzen.

Nun noch zum Schluß folgende Stelle:

„Als weitere Beilage gebe ich Ihnen einen Brief des Prinzen Isenburg in Darmstadt und die Abschrift eines Memorandums, das dieser mit der Abschrift Ihres Briefes an mich nach Mainz weitergegeben hat. — Sie können, verehrter Herr Geheimrat, daraus ersehen, wie ruhig, sachlich und nach einem einheitlichen Prinzip arbeitend schon meine Mittelsmänner gedrillt sind."

Ich war erschüttert, als ich das las. Es ist nicht ein Brief an Herrn Fuchs oder Machhaus[12]), sondern an den wohl hervorragendsten Führer der Bayerischen Volkspartei, der seine Briefe an Graf Bothmer unterzeichnet: „Mit herzlichen Grüßen Ihr Dr. Heim."

Wie Dr. Heim die Politik einschätzt, die er mit den Franzosen zu machen hat, zeigt folgende Stelle (Brief Bothmers vom 21. April 1920):

„Ich habe verhindert, daß Herr X. zu Herrn v. Kahr geht. Denn erstens ist Herr X. nicht die geeignete Mittelsperson zwischen den französischen Regierungsvertretern und der augenblicklichen bayerischen Staatsregierung, und zweitens muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß jeglicher außenpolitische Verkehr mit der bayerischen Regierung durch Ihre Hände geht, damit nicht in Ihrer Abwesenheit unbeholfene und schlecht unterrichtete Regierungsstellen eine offizielle Haltung einnehmen, die Sie dann unter Umständen desavouieren müssen."

In einem Briefe des Grafen Bothmer wird Dr. Heim als der eigentliche Staatsmann Bayerns und darüber hinaus als die Persönlichkeit bezeichnet, um die sich alle Kräfte zur Veränderung der Deutschen Staatsform zu gruppieren haben.

Dr. Heim nimmt in einem Briefe an Graf Bothmer von Anfang April 1920 wie folgt Stellung:

Frankreich solle erklären:

„Mit einem föderalistischen Deutschland, das das Schwergewicht in die Einzelstaaten verlegt, sind wir gerne bereit, uns zu verständigen."

und fügt noch hinzu:

---

[12]) Hochverräter des Jahres 1922, die auch Bayern vom Reiche trennen wollten.

„Wie glänzend könnte heute Frankreich seine Stellung in Westeuropa gestalten, und diesen welthistorischen Moment versäumt Frankreich. Es präpariert sich das Verderben."

Wie sich Dr. Heim die Lösung denkt, geht aus einem Brief vom 7. 7. 1920 an Graf Bothmer hervor, nachdem er erst am 3. einen Brief an diesen geschrieben hatte. Bemerkenswert ist, daß Geheimrat Dr. Heim von einer in Mainz stattgefundenen Unterredung spricht — vielleicht einer zweiten Unterredung mit französischen Unterhändlern.

Es war damals die Zeit des Höhepunktes der militärischen Machtentfaltung des Bolschewismus, der seinen Zug in Rußland begonnen hatte. In diesem Zusammenhang wendet sich Geheimrat Heim gegen die Abtretung der ostelbischen Provinzen Preußens, da diese dann an den Busen Rußlands gedrückt würden — weil dem bolschewistischen Rußland alsbald ein militärisches folgen würde, was auch dem altpreußischen Militarismus wieder auf die Beine helfen würde. Das war die ganze Deutsche Begründung des Herrn Dr. Heim. Es war der Haß gegen das Werkzeug, durch das die Hohenzollern das Deutsche Reich gegründet haben und das allein Bismarck die Grundlage für seine Politik gab.

Es hat mich gefreut, von Herrn Oberstleutnant Kriebel zu hören, daß dieser „verfluchte preußische Militarismus" nach 1866 auch das bayerische Militär befruchtet hat!

Geheimrat Heim schreibt wörtlich, er habe dann ausgeführt:

„Es gibt einen herrlichen Weg, den auch viele akzeptieren können, und das ist die Brechung der Vormachtstellung Preußens und Berlins durch ein streng föderalistisch gegliedertes Deutschland mit zentralisierter Außenpolitik, gemeinschaftlicher Wirtschaftpolitik, Rechtspflege, Heer und Milizsystem, aber mit Komandogewalt bei den Ländern und in allen übrigen, besonders in den Beamten-, Personal- und Kultur-Fragen weitgehende Selbständigkeit und Selbstverwaltung."

„Das ist ein Programm, das ein Deutscher vertreten kann, und Frankreich würde damit

a) die Vormachtstellung Preußens für alle Zeiten brechen,
b) sich gegenüber einem durchaus friedlichen Deutschland sehen.

„Ich habe auch ausgeführt, daß bei uns in Bayern wohl die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung jedem Revanchegedanken abhold ist, ich habe öffentlich ebenso gesprochen. Ich er-

innere mich an meine Rede, die ich im April auf dem Kreisparteitag in Regensburg gehalten habe. Sie enthält dieselben Gedankengänge. Die gleichen Gedankengänge habe ich wiederholt in meiner Partei vorgetragen, und ich habe immer mehr Verständnis dafür gefunden."

Und dann in einem weiteren Briefe:

„Die Hannoveraner aber sind ein Kapitel für sich, und da sind Sie wohl nicht genau unterrichtet, weder über Personen noch über Verhältnisse. Die Sache liegt nicht so einfach. Sie können von mir einmal mündlich darüber hören, wie bei den Hannoveranern die Dinge liegen. Wegen der Hannoveraner uns sofort Landespartei zu nennen, bestand keine Veranlassung. Ich hoffe, daß wir auch mit den Hannoveranern auf einen Boden kommen. Da muß aber noch einiges gereinigt werden."

Geheimrat Heim unterstreicht dann seine Bekanntschaft mit Herrn von Dannenberg, dem bekannten Führer der Loslösungsbestrebungen Hannovers aus dem preußischen Staatsverband.

Zur ganzen Charakterisierung möchte ich noch folgende Stelle verlesen:

„Eben lese ich Ihren Brief an Geheimrat Grauert ... Auf eines muß ich kurz zurückkommen. Ich entnehme Ihrem Briefe, daß Sie der Münchener Journalist G. als Protestant überschrieben hat und Sie dadurch offenbar verdächtig zu machen versuchte. Das ist allerdings unerhört .... die Partei kann für eine solche Taktlosigkeit nicht haftbar gemacht werden. Es ist mehr wie eine Taktlosigkeit ..."

Entschuldigen Sie, meine Herren Richter, wenn ich so lange vorgelesen habe, es war für mich notwendig!

Inzwischen waren in der neuen Reichsverfassung die Bestrebungen auf die Umgestaltung des Reiches verankert worden. Der § 18 läßt die Schaffung neuer Staaten innerhalb des Reiches zu. Die Bayerische Volkspartei zog im Herbst 1920 in den Bamberger Beschlüssen die Folgerung. Ob die Beschlüsse, wie behauptet wird, Herrn Dard [13]) vorgelegen haben, möchte ich natürlich bezweifeln. Solche Gerüchte sind aber Symptome.

In Punkt 2 der Beschlüsse wird die beschleunigte Ermöglichung der Bildung von Einzelstaaten auf verfassungsmäßigem Wege gefordert — die Weimarer Verfassung hatte zwei Jahre für die Möglichkeit solcher Gebietsveränderungen vorgesehen, das dauerte der Bayerischen

---

[13]) Französischer Gesandter in München.

Volkspartei zu lange. Ich glaube nicht, daß die Bayerische Volkspartei darangedacht hat, aus Franken einen eigenen Staat zu machen: es handelte sich um die Zerschlagung Preußens.

Die 6. Forderung verlangte für die einzelnen Deutschen Staaten das Recht, in Angelegenheiten ihrer eigenen, durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit mit anderen Staaten Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen.

Das wäre alles letzten Endes die gleiche Politik, wie sie im „Bayerischen Kurier" seit dem Zusammenbruch propagiert worden war. Diese Politik war auch die Politik des Herrn Dr. v. Kahr. Auch in dem Pamphlet „Ludendorff in Bayern", das die mir heiligen weißblauen Farben entweiht, steht, daß Kahr einen Staatenbund haben will. Immer wieder hörte ich das Wort von starken Staaten in einem starken Reich. Ich hätte gesprochen von gesunden Staaten in einem starken Reich!

Als ich im August 1920 hierherzog — nicht aus politischen, sondern allein aus privaten Gründen — kam ich auch in Beziehungen zu Herrn v. Kahr. Als im Herbst 1920 der Kampf des Herrn Sanitätsrats Dr. Pittinger gegen Herrn Forstrat Escherich begann, schien es erwünscht, eine Hilfstruppe gegen Herrn Forstrat Escherich [14]) zu haben. Meine Beziehungen zu Herrn v. Kahr wurden enger, und ich konnte einen Einblick in sein Denken gewinnen. Auch hier der Gedanke des länderweisen Anschlusses der deutsch-österreichischen Gebiete ohne Niederösterreich mit Wien, während — nicht von Herrn v. Kahr, aber ganz öffentlich — die vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich erörtert wurde, die mir tieferschrecklich war.

Der Gedanke, Wien und Nieder-Österreich sozusagen ihrem Schicksal zu überlassen, erschien mir durch und durch undeutsch. Ich meinte, ganz Österreich solle sich ans Reich anschließen. Wollten dann einige Länder sich an Bayern anschließen, so in Gottes Namen, das wäre dann lediglich Angelegenheit Bayerns und dieser Länder. Aber zuerst gehört ganz Österreich an Deutschland.

Über die Arbeit von Bayern aus nach Österreich hinein könnten wohl andere bessere Auskunft geben als ich. Sie bewegt sich ganz in den von mir beanstandeten Gedankengängen. Ein besonderes Schlaglicht warfen mir die Verhandlungen des Grafen v. Soden [15]) mit ungarischen Herren aus dem Jahre 1922.

Den Gedanken der vorübergehenden Trennung sehe ich als Hoch-

---

[14]) Organisator der bayerischen Einwohnerwehr.
[15]) Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht.

verrat an. Ich habe es begrüßt, daß die D.V.P. in Bayern in ihrem Aufruf vom 31. Mai 1923 es — reichlich spät — ausspricht:

„Den Gedanken einer auch nur vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich lehnen wir mit Abscheu als Hochverrat ab."

Das ist das, was ich seit Jahren sage.

Ich erinnere mich noch an die Vorgänge im August 1922. Sie haben für mich nur insoweit Interesse, nicht weil sie das bayerische Verfassungleben berühren, sondern begründeten Anlaß geben, anzunehmen, daß damit die entscheidende Lostrennung Bayerns aus dem Reiche verbunden war. Herr Sanitätsrat Pittinger könnte darüber wohl Aufschluß geben.

Dazu traten immer wieder die separatistischen Bestrebungen unverhüllt auf. So schreibt die italienische Zeitschrift „Politica" im März 1923 (vgl. „Eiserne Blätter" S. 776):

„Das Ziel Frankreichs und seiner Agenten war ein katholisches monarchistisches Alpenreich unter dem Kronprinzen Rupprecht, bestehend aus Bayern, einem Teile Württembergs, der Pfalz und dem Rheinland. Damit wären etwa 15 Millionen Deutsche von Preußen getrennt worden."

Daß diese Angabe nicht so sinnlos war, geht schon aus dem bisherigen hervor. Scharf wurde sie beleuchtet durch den Leoprechtingprozeß im Mai 1922 und vor allem durch den Landesverrat Fuchs-Machhaus-Kühles. Ich hatte im Februar 1923 verschiedenes unklar gehört, ich konnte nichts damit anfangen. Ich sah erst klar, als sich Kühles am 6. März erschoß, der gesagt hat, ein Franzose von hinten sei ihm lieber als ein Preuße von vorn. Für mich war es tief erschütternd, mit welchen Ehren dieser Landesverräter beigesetzt wurde. Ich sagte zu meiner Frau damals sarkastisch: Wenn ich hier einmal beerdigt werden sollte, so bekomme ich kein solches Begräbnis. Die katholische Geistlichkeit, die sonst gegen jeden Selbstmörder ihr Herz verschließt, begleitete diesen Mann — zur ewigen Ruhe kann man nicht sagen.

Das und die ganze Behandlung des ungeheuerlichen Landesverrats in der öffentlichen Meinung ließen in mir die Gewißheit entstehen, daß hinter den Landesverrätern andere Kräfte standen. Ich habe auch nie geglaubt, daß der gerissenste französische Agent, Richert, mit Fuchs und Machhaus als Privatleuten verhandelt hat. Richert wollte den Aufruhr in Thüringen erregen zu der Zeit, als wir den Kampf an der Ruhr hatten.

In dem Angebot, das Herr Richert [16]) gemacht hatte, kam wieder der

---

[16]) Beauftragter des französischen Gesandten Dard.

teilweise Anschluß Österreichs an Bayern und diesmal durch Schaffung eines europäischen Völkerbundes unter dem Protektorate Frankreichs, das an der Ruhr stand und nun Bayern mit einbeziehen wollte. Bayern sollte Anlaß zum Einmarsch nach Mitteldeutschland gegeben werden, wo Frankreich einen bolschewistischen Aufstand erregen wollte. Man zeigte damit Bayern, wohin es sich vergrößern könnte.

Anfang Mai erschien in der Presse folgende Äußerung eines bayerischen Ministerialrates:

„Die Minister v. Knilling, Schweyer und Matt wären für einen Zusammenschluß Bayerns und Österreichs. Nur die Frage sei noch offen, ob ein bayerischer oder österreichischer Fürst den Thron besteigen solle. Minister Schweyer habe bei seiner Pfalzreise darüber mit dem französischen General de Metz verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Hinter diesem Plan stünden auch Kardinal Faulhaber und der Papst. Über das Verhalten und die Gesinnung der gesamten Minister seien selbst die Ministerialreferenten ungehalten und damit durchaus nicht einverstanden."

Der „Bayerische Kurier" plädierte für eine gerichtliche Klarstellung. Der „Völkische Beobachter" sprach die Erwartung aus, daß dieser Weg nie beschritten werde, und so traf es auch ein.

Die Schaffung eines machtlosen Deutschland, später ausgesprochen unter Zerschlagung Preußens, war zugleich der Ausfluß ultramontaner Politik, wie man sie seit der Reichsgründung im Jahre 1871 verfolgen kann. Während des Weltkrieges trat sie klar in Erscheinung und fand im Abgeordneten Erzberger ihren Vertreter, an dessen Namen die Friedensresolution am 19. Juli 1917 zusammen mit dem Namen Graf Czernin [17]), der Waffenstillstand, Versailles und Weimar für immer verknüpft ist. Der Artikel 18 der Weimarer Verfassung, der die Abtrennung der preußischen Landesteile zuläßt, war für mich der Grabstein Deutschlands, wohl durchdacht von Deutschlands Feinden in die Verfassung hineingebracht. Wenn nun jetzt von einer Zentrumsschwenkung gesprochen wird, so verstehe ich das nicht. Man braucht nur die Reden des Abgeordneten Trimborn im Verfassungausschuß nachzulesen, die schon damals auf mich einen sehr ernsten Eindruck machten.

---

[17]) Österreichischer Außenminister unter Kaiser Karl.

In dem Kampfe Deutschlands um seine Freiheit und um sein Dasein war der Vatikan nicht neutral, sondern Deutsch-feindlich. Frankreich wurde begünstigt und geehrt.

Am 6. April 1919 wurde in Rom vor dem besonders feierlich versammelten Episkopat die Jungfrau von Orleans heilig gesprochen. Im Hinblick auf „das Wunder an der Marne" betonte nach der Rede des Bischofs Touchet von Orleans der römische Papst Benedikt XV. in seiner französischen Antwort: Er bedaure es, Franzose nur von Herzen zu sein. Dann fuhr er fort: „In diesem Wunsche und in diesem Gelöbnis ist der Franzose dem Herzen nach mit dem Franzosen von Geburt einig, um Frankreich die Vermehrung seines Ruhmes und seines Glückes zu wünschen."

Die Wirkung auf die Deutschen Katholiken war niederschmetternd. Die „Augsburger Postzeitung" Nr. 193 vom 4. Mai 1919 schreibt:

„Was wir von jenen, die Franzosen dem Herzen nach sind, zu erwarten haben, wissen wir: Es ist eine furchtbar bittere Feststellung, die wir hier machen mußten, eine Feststellung, gegen die sich unser ganzes Gefühl sträubt, aber der es ins Auge zu sehen gilt. Es ist heute noch etwas in uns eingestürzt, was uns lieb und teuer war, um die Katastrophe zu vollenden. Wir fürchten, daß der Preis, um den man Frankreichs Umkehr kaufen will, ein höherer sein wird, als man es in Rom gedacht hat, da man jenes Bekenntnis in die Waagschale warf."

So gibt das führende Blatt des bayerischen Katholizismus den Eindruck wieder. Ich fürchte, daß vieles wieder vergessen sein wird. Es war für mich, der ich, wie ich nochmals hervorhebe, die Segnungen und die Zucht der katholischen Kirche hoch einschätze, schmerzlich, zu sehen, wie im vergangenen Sommer der jetzige römische Papst sich gegen die Sabotage im Kampf um Rhein und Ruhr wandte, wie Marschall Foch bei seiner Reise in den Vereinigten Staaten Nordamerikas einen Ehrensäbel der dortigen Jesuiten erhielt, gleichsam als hätte er im Dienste der Gesellschaft Jesu gearbeitet. Ich erinnere auch an die unheilvollen Einflüsse, denen Kaiser Karl unterworfen war, als er durch das Sonderfriedensangebot im Frühjahr 1917 Deutschland verriet, gerade als der Sieg sich auf Deutschlands Seite neigte.

Nicht minder schmerzlich waren für mich die Deutsch-abträglichen Aussprüche des Kardinals Faulhaber, der während des Fuchs-Machhaus-Prozesses in Amerika war, und dort

über Deutsche Belange sprach, wobei er die Versenkung der „Lusitania“, die der feindliche Admiral Sims als zu Recht erfolgt bestätigte, seinerseits als völkerrechtswidrig bezeichnete und auch über die Schuld am Kriege nicht so sprach, wie es wohl die überwiegende Mehrheit des Deutschen Volkes als Wahrheit ansieht.

Auch hier wieder ein diskretes Schweigen des größten Teiles der hiesigen Presse, die damit ihr wahres Gesicht in der Deutschen Frage zeigte.

Besonders auffallend war die steigende Inschutznahme der Juden durch den hohen Klerus, der sich später besonders gegen den 8. November immer deutlicher offenbarte. Ich sehe es auch nicht als Zufall an, daß am Rhein der Jude Louis Hagen und andere Juden die Rheinlandpolitik des Herrn Geheimrats Dr. Heim und des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer vertreten, wobei sich der Zentrumsreichskanzler Marx zum Vollstrecker dieser Bestrebung macht.

Beunruhigend für die Machtstellung des Reiches waren die Loslösungbestrebungen in Hannover und der Rheinprovinz und die Umtriebe in Hessen. Hier tritt neben die Namen Brentano und Isenburg der Name Strecker. Heute ist es aller Welt klar, tritt doch die „Kölnische Volkszeitung“ offen für eine Lostrennung der Rheinlande von Preußen, nicht vom Reiche, ein. Heute sprechen die volksparteilichen Zeitungen von landesverräterischen Bestrebungen, während die „Kölnische Volkszeitung“ eine solche Ansicht vertritt.

Das Wort Bismarcks schien sich mir zu bewahrheiten: „Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten.“

Schwer zu vereinigen war für mich die von mir vermutete, jetzt klar erkannte Verbindung des Herrn v. Kahr mit Herrn Justizrat Claß, dem Führer des Alldeutschen Verbandes, der mächtigsten politischen Organisation Deutschlands, die ihre Mitglieder in vielen leitenden Stellungen hat. Aus den Veröffentlichungen der alldeutschen Presse um den 21. Oktober geht klar hervor, daß Herr Claß geneigt war, den Wünschen des Herrn v. Kahr auf Lockerung des Verhältnisses Bayerns vom Reich weitgehendst zu entsprechen.

Aber anderseits will Herr Claß den Deutschen Einheitstaat schaffen unter Auflösung der Staaten.

Ich konnte in dieser Idee auch nicht das Glück des Volkes sehen, denn das Volk lehnte solche Lösung ab. Es kam hinzu, daß dieser Gedanke verbunden war mit anderen Absichten und Bestrebungen,

die ich für den Frieden Deutschlands als verderblich ansehen mußte. Doch ist das erst nachträglich für mich in Erscheinung getreten.

Ich habe das bestimmte Gefühl erhalten, daß maßgebende bayerische Kreise, auch wenn immer wieder „im Sinne Bismarckscher Verfassung" gesprochen wurde, das Deutschland Bismarcks zerstören oder ihm eine Form geben wollten, die mit Bismarckschen Gedankengängen nichts gemein hatte.

Der Name „Bismarck" wurde mißbraucht; dem Worte „Föderalismus" eine Auslegung gegeben, wie sie von Bismarck immer bekämpft wurde. Ich bin ein Deutscher, der ein starkes Deutschland haben will, ein Deutschland auf Bismarckscher Grundlage!

Die Ereignisse am 8./9. November haben vielen die Augen geöffnet, nicht weniger die Denkschrift des bayerischen Gesamtministeriums über die Verfassung, die jetzt zusammen mit den Bestrebungen im Rheinland und in Hannover, wie auch Hessen-Darmstadt das Ziel unverhüllt zeigt. Ebenso bilden die Abmachungen zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten über Vereidigung der Reichswehr ein ernstes Mahnzeichen.

Selbstverständlich beschäftigte und bedrückte mich der Niedergang Deutschlands durch unsere unglückselige Politik, die Schwäche nach innen und außen, die unser Volk verderben und sterben ließ. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Ich darf meine Ansichten wohl als bekannt voraussetzen.

In demselben Maße wie ich Einblick in die hier kurz skizzierten Vorgänge gewann, war es mir Pflicht, auf Abhilfe zu sinnen. Die Erscheinungen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit hatten mir gezeigt, welche volksfremden Elemente unseren Niedergang herbeigeführt hatten. Ich hatte die internationalen Kreise, ihr starkes politisches Wollen kennenlernen und ihr volkszersetzendes Gebaren verfolgen können. Ich hatte die Ansicht gewonnen, daß das Volk widerstandsfähig gegen die internationalen Einflüsse gemacht werden müsse.

Das Mittel hierzu erkannte ich in der völkischen Freiheitbewegung. Ich hatte die heilige Überzeugung gewonnen, daß sie allein uns über die Spaltungen hinweghelfen kann, die uns schwächen. Sie entriß Arbeiter der marxistischen Irrlehre und stellte sie auf den nationalen Boden. Sie erschloß aber auch das Herz der Arbeitgeber den sozialen Bedürfnissen des Arbeitnehmers. Sie glättete die Klassengegensätze, ebenso — und hierauf legte ich entscheidenden Wert — die konfessionellen und Stammesgegensätze, wie es praktische Politik

verlangt. Sie schuf Deutsche, die alles Undeutsche, woher es auch kommen möge, ablehnen. Sie wollte ein starkes wehrhaftes Deutschland. Der „preußische Militarismus" war für sie das Heil für die Freiheit.

Diese Bewegung schien mir nun auch berufen, allen Gefahren, die ich erkannt hatte, entgegenzuarbeiten.

Herz und Verstand ließen mich die völkische Bewegung durch meine Autorität fördern. Zunächst trat ich dem Bunde Oberland näher, dessen verdienstvolles Wirken in Oberschlesien ich schätzen gelernt hatte. Ich habe dann den Bund wegen seiner Deutschen schwarz-weiß-roten Gesinnung hier verfolgt werden und leiden sehen und habe gesehen, wie er sich trotzdem festigte, und wie er in allen Kreisen und namentlich in der Arbeiterschaft — das war für mich stets die Grundlage der Gesundung! — Boden faßte und nicht nur Jugend, sondern auch im reifen Mannesalter Stehende an sich heranzog.

Ich lernte dann Herrn Hitler kennen, wie er noch nicht der bekannte Mann war. Ich beobachtete in stillen Aussprachen sein Wachsen. Er verstand es, der völkischen Bewegung den Inhalt zu geben, den das Volk instinktiv begriff.

Die von ihm geleitete völkische Bewegung, die das Ideal wurde der aktiven Jugend, aber auch des Alters mit heißem Herzen für das Volk, betrachtet sich nicht als Selbstzweck. Sie betrachtet sich nur als Mittel zum Zweck, zu dem Zweck: Den Deutschen Menschen, das Deutsche Vaterland und das Deutsche Volk stark und frei zu machen![18])

Diese Bewegung war politisch großdeutsch, sah beide Konfessionen als vollständig gleichberechtigt an, lehnte aber eine politische Betätigung der Kirchen ab. Sie war scharf national und wehrhaft, zudem rassisch eingestellt, daher judenfeindlich. Sie wurde von der Bayerischen Volkspartei bekämpft, ebenso von maßgebenden hohen Würdenträgern der katholischen Kirche.

Leider gesellten sich auch noch andere aus persönlichen Gründen als Gegner hinzu. Diesen konnte das großdeutsche völkische Programm deshalb nicht liegen, weil sie Sonderziele verfolgten, die nach Ansicht der Völkischgesinnten zur Zeit noch nicht spruchreife Fragen waren. Ich nenne hier vor allem die monarchische Frage. Ich bin Monarchist aus innerster Überzeugung, auch wenn es in Zweifel gezogen wird.

---

[18]) General Ludendorff ist nie Mitglied der NSDAP. gewesen. Rasseerbgut führte ihn zu dem arteigenen Gotterkennen. Die NSDAP. vertrat immer schärfer positives Christentum, das General Ludendorff für unvereinbar mit deutschem Rasseerbgut hält. Hierin lag die Ursache späterer Trennung.

Ich halte diese Frage aber zur Zeit nicht für lösbar und habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Dynastien nicht Selbstzweck, sondern für das Volk da sind. Ist das Volk da, so wird es auch diese Frage lösen. Eine zu frühzeitige Lösung der Frage, besonders eine einseitige Lösung in einem einzelnen Bundesstaat halte ich für ein weiteres Unglück für die Gesamtentwicklung des Vaterlandes.

Ich stand dem Kampfbund in der völkischen Bewegung nahe und habe nie von ihnen etwas beansprucht. Sie betrachteten mich als Führer nicht auf Grund irgendwelcher Abmachungen, sondern wohl wegen der Hingabe an die Sache. Ich freute mich dieses Vertrauens und beanspruchte nichts weiter. Ich sah in ihnen die Möglichkeit, für große vaterländische Ziele in ideeller Richtung zu wirken und dabei die vorher geschilderten Gefahren für Deutschland auszuschließen.

Selbstverständlich begann damit wieder eine wilde Hetze gegen mich. Die jüdische und Zentrumspresse war stets gegen mich gewesen. Jetzt tat sich die Bayerische Volkspartei, namentlich nach meiner Reise nach Österreich im Februar 1923, besonders hervor. Aber auch deutschnationale Zeitungen nahmen gegen mich Stellung, was mich bei ihren Beziehungen zu Herrn Claß[19]) und General v. Seeckt[20]) nicht wundernahm.

Als das Generalstaatskommissariat am 26. September 1923 geschaffen war, bestand für mich kein Zweifel, daß hiermit der erste Schritt zu einer — und zwar gewaltsamen — Lösung der Deutschen Frage geschehen war. Für mich stand fest, daß Dr. v. Kahr im Besitz der staatlichen Gewalt Bayerns war, daß ihm die staatlichen Machtmittel Bayerns zur Verfügung standen, ja sogar darüber hinaus: Machtmittel des Reiches in Gestalt der 7. (bayerischen) Division.

Wenn ich die Namen Kahr, Lossow und Seisser nenne, so sind das nicht die Namen von Privatpersonen, sondern die Träger der Staats-, Militär- und Polizeigewalt in Bayern.[21])

In diesen Verhältnissen, wie sie sich bei Schaffung des Generalstaatskommissariats entwickelten, lag ein schwerer Verfassungbruch, begangen einmal durch den bayerischen Staat und dann durch General v. Lossow. Die obersten militärischen Stellen haben hier zudem

---

[19]) Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes.

[20]) Chef der Heeresleitung.

[21]) v. Kahr war Generalstaatskommissar in Bayern und stand gleichberechtigt neben dem Ministerium. General v. Lossow war Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, Oberst v. Seisser der der Schutzpolizei.

den jüngeren Kameraden ein Beispiel gegeben, das sich geradezu verheerend auswirken mußte.

Ich glaubte damals an eine Tat und sah ihr um so ernster entgegen, als ich von der Bestimmung Poehners[22]) zum Staatskommissär für Sachsen und Thüringen hörte. Diese Stellung war nur zu behaupten, wenn die schützende Gewalt in Berlin stand. Darin sah ich auch einen Versuch, die Machtstellung Bayerns auf Kosten anderer Bundesstaaten gewaltsam auszudehnen. Denn nicht das Reich würde, wie die Verhältnisse lagen — gerade jetzt nach der Spannung mit Berlin! — eine solche Exekution gegen Thüringen befohlen haben.

Sie war vielmehr nur möglich nach vollständigem Bruch der Reichsverfassung oder sie war Selbsthilfe. Das erschien aber keineswegs durch die Zustände in Thüringen und Sachsen und im Reich gerechtfertigt. Ich wurde darin um so mehr bestärkt, als in diesem Sommer von einem eventuellen Anschluß des ehemaligen Königreiches Sachsen an Preußen die Rede war und das in Bayern als ein Unrecht an Bayern empfunden wurde.

Das Zusammenarbeiten Bayerns mit Erhardt, dem Organ des Herrn Claß, zeigte auch, wohin die politische Reise gehen konnte; ebenso die Verfügung Seiner Majestät des Königs Rupprecht an die Offiziere der ehemaligen Kgl. Bayer. Armee vom 27. September.

Ich zweifle auch nicht, daß die Lösung der Deutschen Frage vollkommen in einem völkisch abträglichen Sinne erfolgen sollte. Denn gegen Hitler wurde gekämpft und gearbeitet, er wurde auch als nicht nötig bezeichnet. Oberst Banzer sprach sich etwa am 8. Oktober seinen Offizieren gegenüber dahin aus: Wer nicht auf die Nationalsozialisten schießen werde, solle seinen Abschied nehmen.

Unter dem Druck des Konflikts um General Lossow schlugen dann die bayerischen Machtstellen einen etwas freundlicheren Ton an. Der Konflikt zeitigte am 20. Oktober den Entschluß, die bayerische Reichswehr vom bayerischen Staat als dem Treuhänder des Reiches in Pflicht zu nehmen. Ich sah darin ein weiteres Abgleiten auf abschüssiger Bahn zur Lockerung des Reiches. Denn die kleine Reichswehr mußte unter einheitlichem Befehl bleiben. Ich war tief niedergeschlagen, als ich am 20. früh die Nachricht bekam.

An diesem Tag war die Hochzeit des Oberleutnants v. Grolman; er holte mich in einem Kraftwagen ab. Ich drückte ihm auf der Fahrt

---

[22]) Polizeipräsident unter der Ministerpräsidentschaft v. Kahr's, bei einem Autounfall tödlich verunglückt.

in einer für den jungen Offizier geeigneten Weise meine schwere Besorgnis aus. Daher war ich in größter Spannung, als ich während des Hochzeitessens die Nachricht bekam, etwa dahin lautend: General v. Lossow habe nochmals bei mir zu Hause angerufen. Er lasse mich dringend bitten, ihn auf dem Wehrkreiskommando zu besuchen. Wie die Besprechung erbeten war, war ich überzeugt, daß sie mit Zustimmung des Generalstaatskommissars stattfinde. Ich brach frühzeitig auf.

Lossow erzählte mir, wie alles gekommen sei: er wolle lieber wie ein Mauerblümchen im verborgenen blühen, aber das Ministerium und der Generalstaatskommissar wollten ihn nicht gehen lassen. Ich teilte ihm meine Sorgen mit. Er erwiderte mir, daß sie unnötig wären. Die Reichswehr sei Deutsch und nur für Deutsche Belange zu haben; sie stehe geschlossen hinter ihm; die Inpflichtnahme werde sich auch reibungslos vollziehen. Er wolle eine Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse in großdeutschem völkischem Sinne und rechne dabei auf Hitlers und meine Mitarbeit. Ich sagte ihm auf dieser Basis meine loyale Mitarbeit zu, die ich darin erblickte, daß ich General v. Lossow die Autorität meines Namens zur Verfügung stellte und meine Freunde über seine Absichten aufklärte. Ich hatte den Eindruck, als ob Lossow bei mir in gewissem Sinne auch eine Art Deckung suchte.

Ich wies noch darauf hin, daß die angeschlagenen Aufrufe jeden warmen Ton vermissen ließen, wodurch meine Befürchtungen gesteigert seien.

Lossow meinte, Exz. v. Knilling habe einen wohl von Oberst v. Seisser vorgelegten Entwurf stark zusammengestrichen, womit er wenig zufrieden gewesen sei.

Ich kann nur sagen, daß ich tief befriedigt war darüber, daß meine Sorgen über die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland zur Zeit jedenfalls zurückgestellt werden konnten, und hoffte auf einen Fortschritt der Gesundung unseres Vaterlandes. Ich hatte zu General v. Lossow volles Vertrauen. Hatte er doch schon im Herbst 1916 sich mir gegenüber dahin ausgesprochen, daß das Deutsche Heer vereinheitlicht werden müsse. Selbstverständlich beschloß ich, achtsam zu sein, und hoffte, daß mir dauernd vollständiger Einblick gegeben werde, denn das verstand ich unter loyaler Zusammenarbeit.

Wollte jetzt der bayerische Staat mit seinen Machtmitteln die Lösung der inner-Deutschen Verhältnisse in Deutsch-völkischem Sinne in die Hand nehmen, so zweifelte ich nicht an dem Gelingen. Es mußte im Norden einen mächtigen Widerhall finden, wenn Nord-Deutschland klar sah, daß sie eben in diesem Sinne erfolgte, nämlich

zusammen mit dem bayerischen Staat, was für mich Voraussetzung für meine Mitarbeit war, und mit sämtlichen vaterländischen Verbänden.

Wenn ich von einer solchen politischen Lösung spreche, so dachte ich nicht an „Ströme von Blut", sondern an einen Druck der Machtmittel des bayerischen Staates, verstärkt durch die vaterländischen Verbände, auf die Reichsregierung, und zwar ausgeübt von der bayerischen Staatsgewalt. Je größer dafür die propagandistische Vorarbeit sowohl in Bayern als auch namentlich in Nord-Deutschland war, desto eher mußte der Druck auf Berlin wirkungvoll werden. Diese Propagandaarbeit mußte (und das habe ich auch General v. Lossow gesagt) Hitler überlassen und sofort durch ihn in Angriff genommen werden.

Meiner Niedergeschlagenheit am Morgen war Beruhigung gewichen! Mit besonderer Eindringlichkeit nahm ich in den folgenden Tagen Kenntnis von den Funksprüchen und Erklärungen der Regierungen in Berlin und München und der Generale v. Seeckt und v. Lossow, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließen. Sie erinnerten an Notenaustausch und Depeschenwechsel zweier feindlicher Mächte vor Kriegsbeginn. Es muß daran erinnert werden, denn unsere Zeit ist so kurzdenkend, besonders wenn sie vergessen werden will.

Mit Spannung sah ich die Entwicklung der Verhältnisse in der Infanterieschule. Hier folgten die bayerischen Offiziere dem Befehl des Generals v. Lossow und entzogen sich somit dem Befehle des Kommandeurs der Infanterieschule. Dieser suspendierte sie vom Dienst, um sie einige Tage später wieder reumütig einzustellen; General v. Lossow habe aus vaterländischen Gründen gehandelt. Berlin hat vor München kapituliert, ohne über papierene Einsprüche hinauszukommen.

Ein schwerwiegender Schritt in der historischen Entwicklung Deutschlands schien mir geschehen, der sich verhängnisvoll auswirken mußte. Das konnte nur dadurch vermieden werden, daß die staatliche Gewalt Bayern an dem Ziel, das General v. Lossow am 21. Oktober festgestellt hatte, auch festhielt. Ein Besuch Lossows bei mir bereits am 23. bestätigte mir das.

Ich beziehe mich nunmehr darauf, was in der gestrigen Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit gesprochen worden ist. Ich erwähne, daß ich von den Vorgängen vor dem 22. Oktober im wesentlichen nichts gehört habe. Ich kannte nicht die Schriftstücke, die gestern hier verlesen wurden. Für die Zeit nach dem 22. war ich im wesentlichen nicht besser unterrichtet. Ich konnte mir aber ein allgemeines zu-

treffendes Bild von dem machen, was beabsichtigt war. Und zwar habe ich Angaben darüber nur von General v. Lossow selbst erhalten.

Im allgemeinen erschien General v. Lossow die wichtigste Frage die, wie sich die nördliche Reichswehr, insonderheit General v. Seeckt, gegenüber dem Drucke verhalten würde. Ich konnte ihm hierüber meine Ansichten aussprechen. Wenn General v. Lossow der Öffentlichkeit und in seinem Bericht gesagt hat, ich hätte dabei gemeint, die Reichswehr stehe hinter mir, so ist das durchaus unrichtig. Ich habe mich nie darum bemüht. Ich führte vielmehr nur an, daß, wenn der Druck von der bayerischen Staatsgewalt mit der bayerischen Reichswehr und den vaterländischen Verbänden Bayerns ausgeübt würde, daß er dann auf einen Widerstand nicht treffen würde. Nicht mein Name, sondern die von Hitler und meinem Namen getragene Bewegung würde in diesem Falle mit dazu beitragen, jedes Vorgehen gegen die von der bayerischen Staatsgewalt gewollte Bewegung auszuschließen. Auch hatte General v. Seeckt sich in den Kapp-Tagen mit dem Einmarsch der Marinegarde abgefunden und das vom Reichswehrminister Noske beantragte bewaffnete Einschreiten abgelehnt. Ich glaube also, daß unter diesem Druck die Reichsregierung abtreten und man mit General v. Seeckt verhandeln werde.

General v. Lossow war skeptischer; er sagte mir, General v. Seeckt müsse gezwungen werden. Ich meinte, das würde ihm so nicht gelingen. Das einzig mögliche war, durch eine Tat der bayerischen Staatsgewalt in München General v. Seeckt vor den Entschluß zu stellen. Das genügte indes Lossow nicht. Er meinte, daß, wenn General v. Seeckt nicht zu gewinnen sei, mit General Behrendt, dem Kommandeur des Wehrkreiskommandos I, Verbindung aufgenommen werden müsse. Ich weiß aber nicht, was v. Lossow nach dieser Richtung hin veranlaßt hat. Er sprach mir bei seinen Besuchen zweimal davon. Ich habe mich nicht wieder darum gekümmert.

Ich wies immer wieder auf die Notwendigkeit hin, der Propagandaarbeit freie Bahn zu lassen; je mächtiger die geistige Bewegung war, desto wahrscheinlicher war es, daß der Druck der bayerischen Staatsgewalt sich ohne weiteres durchsetzte. Auch Lossow hatte ja eingesehen, daß es notwendig sei, nicht nur den Marxismus durch Not und Gewehr totzuschlagen, sondern auch dem Volke etwas anderes dafür zu geben, wie das nur die völkische Bewegung tut.

Leider geschah auf dem Gebiet der Propaganda nichts. Nur in den kritischen Tagen um den 20.—22. Oktober war Hitler eine Versammlung als Begrüßungsabend für Roßbach gestattet, ein Zeichen, daß jedenfalls damals die bayerische Staatsgewalt diese beiden Männer

brauchte. Im übrigen wurde aber Hitler und seine Bewegung, und das war bei der Einstellung der bayerischen maßgebenden Stellen einschließlich des Generalstaatskommissariats verständlich, innerlich abgelehnt.

Ich hielt das für im höchsten Maße illoyal und habe General v. Lossow gegenüber dem auch Ausdruck gegeben. In meinem Glauben an ihn dachte ich, er täte alles, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Für im gleichen Maße illoyal hielt ich das Verbot der Hitlerversammlungen am 30. Oktober oder 1. November.

Ich muß hier, um später den Zusammenhang nicht zu unterbrechen, eine Episode einschieben, der der Herr Staatsanwalt eine hohe Bedeutung beimißt. Es handelt sich um den Besuch von einigen Offizieren der Infanterieschule bei mir am 4. November auf Bitten Roßbachs. Roßbach war monatelang in Leipzig in Untersuchungshaft gewesen, er hätte versucht, hieß es, in der Reichswehr aufreizende Lehren zu verbreiten. Wie viele hier in München saß auch er unschuldig im Gefängnis. Er wurde im Oktober entlassen und sollte bei seiner Entlassung in Schutzhaft genommen werden, genau so, wie wir es hier erleben. Er fand Zuflucht in München, sprach auch auf dem Generalstaatskommissariat vor und bekam die Erlaubnis, hier zu bleiben. Ein besonderer Begrüßungsabend wurde erlaubt. Bei mir war Roßbach gleich nach seinem Eintreffen einmal zum Tee. Er bedankte sich bei mir für verschiedene Freundlichkeiten während seiner Gefangenschaft. Persönlich ist er mir seit seinem vielbesprochenen, trotz Noske schneidig unternommenen bekannten Zug von Thorn in das Baltikum gut bekannt. Er hat sich mir stets als Ehrenmann gezeigt, der nicht aus persönlichen Gründen, sondern der Sache zulieb arbeitet. Daß er Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung ist, war mir bekannt. Was er hier im einzelnen getan hat, weiß ich nicht. Als er mich bat, ich möge doch einige Offiziere der Infanterieschule empfangen, die meine Ansicht von der völkischen Bewegung gerne hörten, sagte ich auf mehrmaliges Bitten, fünf bis sechs Herren könnten am 4. November abends 6 Uhr 15 Minuten zu mir kommen. Es waren ein Rittmeister, zwei Oberleutnants und drei Leutnants. Ich fragte sie was sie eigentlich wollten, und sprach dann auf ihren Wunsch über meinen Aufsatz: „Die völkische Bewegung“, den ich kurz vorher veröffentlicht hatte.

Es steht wohl nichts darin, was nicht zu vertreten ist. Dagegen steht aber in der Anklageschrift etwas, worüber ich aufs tiefste erstaunt war: Ich hätte vor den Herren von einer weiß-blauen Gefahr gesprochen. Den Ausdruck, meine Herren, kenne ich nicht. Es muß ein Irr-

tum vorliegen. Ich bitte jeden der Herren zu vernehmen, mir sind die Farben viel zu heilig, als daß ich sie so wegwerfend in den Mund nähme. Ich möchte nur sagen, daß das, was in der Anklageschrift über diesen Besuch der „Fähnriche" steht, nicht zutrifft.

Die Unterhaltung mit den Herren von der Infanterieschule — keine Fähnriche, sondern Offiziere — war allgemein. Zu den Tagesfragen übergehend, erwähnte ich im Sinne meiner früheren Darlegungen die Bedeutung Hitlers für die großdeutsche Frage. Ich habe vielleicht auch auf die meines Erachtens schädliche Haltung gewisser Kreise der Bayerischen Volkspartei in der Konstruktion Deutschlands hingewiesen. Ich werde dabei aber sehr zurückhaltend gewesen sein und nicht auf die unerhörte Tatsache hingewiesen haben, daß Kräfte aus Bayern beteiligt sind am Zerfall Preußens. Sollte ich mich über die monarchische Frage ausgesprochen haben, dann jedenfalls nicht so, wie in der Anklageschrift steht, sondern dahin, daß ich die frühzeitige Herstellung der Monarchie in Bayern als eine Gefahr für den Bestand Deutschlands ansehe. Ich weiß nicht, was all das, was hier die Anklageschrift ausführt, mit dem Hochverratsprozeß zu tun hat. Ich habe als Deutscher wohl das Recht, über die Politik gewisser bayerischer Kreise in bezug auf das Reich zu urteilen, über eine Politik, die mir verderblich erscheint.

Ich lehne ausdrücklich ab, daß ich irgendwie von einer gewaltsamen Erhebung der völkischen Bewegung oder dergleichen gesprochen habe, insbesondere gegen den bayerischen Staat. Ich hielt ja in jenen Tagen ihr Zusammengehen mit der bayerischen Staatsgewalt für durchaus gesichert, dank den Mitteilungen, die ich von Lossow immer wieder bekommen hatte. Ich habe gesagt, daß die völkische Idee siegen werde, und glaube das auch heute noch: Ich war damals auf eine erheblich längere Zeit gefaßt als heute! Ich werde auch auf die herrschende furchtbare Not hingewiesen und ausgeführt haben, daß ich es unbedingt für notwendig erachte, daß neben die Wehrpflicht die Nährpflicht komme.

Soweit ich jetzt festgestellt habe, soll die falsche Einschätzung dieses Besuches der sechs Offiziere bei mir auf einen Bericht von Nichtbeteiligten zurückzuführen sein, der Lossows Ausspruch, daß, wenn das Vaterland es fordere, man auch vom Gehorsam abweichen müsse, mir zuschrieb.

Die Armee wird stets das Produkt ihrer Umgebung sein. Sie war im Weltkriege gesund, solange das Volk es war. Wird die Einstellung des Volkes n u r völkisch, d a n n wird es auch die Armee. Die Pflicht des Offiziers ist, die lebendigen Fragen, die das Volk bewegen, mit

offenen Augen zu sehen. Als das Deutsche Volk krank wurde, hielt die preußische und Deutsche Zucht noch stand.

Wenn die Anklageschrift meint, die „Infanterieschüler" hätten geglaubt, ich werde bei einer vaterländischen Bewegung nicht fehlen, so ist das richtig. Das werden sie aber zu jeder Stunde gewußt haben, nicht erst durch eine Unterredung mit mir. Und daß über die Unterhaltung mit mir besprochen werden würde, war ebenso selbstverständlich, darum war ich zurückhaltend.

Ich wende mich nun wieder den großen Zusammenhängen zu. Über die politischen Verhandlungen und Bindungen von Kahrs mit Herren aus Norddeutschland war ich nicht unterrichtet. Ich will die Namen hier gar nicht nennen. Professor Martin Spahn[23]) sprach mir später davon, und als ich ihm sagte, ich hätte das alles nicht erfahren, bezeichnete er mir das Verhalten Kahrs als schwer verständlich. Für mich erschien es in besonderem Licht.

Meine Aufmerksamkeit wurde im besonderen erregt durch den bekannten Artikel der „Deutschen Zeitung" vom 22. Oktober, in dem wohl Herr Justizrat Claß die Vormachtstellung Preußens, auf der das Bismarcksche Reich beruhte, preisgab und — meine Herren, ich möchte keinerlei Gefühle hier in Ihnen verletzen — auf den „Kaiser aus dem Hause Wittelsbach" hinwies. Das gab mir zu denken. Es mußte, wenn diese Fragen jetzt aufgeworfen wurden, ein neuer schwerer Riß durch das Deutsche Volk geschaffen werden, und das erschien mir im höchsten Grade bedenklich, ganz abgesehen davon, daß ich anderes für Deutschland nützlich halte. Ich begrüßte es, daß ich in die Ereignisse verflochten sei, und war fest entschlossen, an dem Wege festzuhalten, den auch seinen Worten nach Lossow am 21. Oktober hatte gehen wollen. Ich bin der machtloseste Mann der Welt. Für mich war ein Verhandeln mit norddeutschen Männern ganz ausgeschlossen. Was sollte ich machen, sollte ich mich in Ludwigshöhe hinstellen und Hurra schreien und die Macht vortäuschen, die nicht da war? Ich wies alle Herren, die mich besuchten und mit mir politische Fragen besprechen wollten, an General v. Lossow bzw. Herrn v. Kahr und sagte: Geht dahin, wo die Macht ist.

Nun muß ich doch — nicht aus meinem Geschmacke heraus — noch einen Herrn hereinziehen. Am 25. Oktober war Generaldirektor Minoux — seine Trennung von Stinnes war damals schon vollzogen — in München, um, von General v. Seeckt geholt, zu Besprechungen über eine Regierungsbildung nach Berlin zu fahren. Ich

[23]) Spahn: Universitätsprofessor, Deutschnationaler Reichstagsabgeordneter.

bedauere, wenn ich davon sprechen muß, aber nicht ich, sondern General v. Lossow hat diesen Herrn herzugezogen. Ich schätze Herrn Minoux als einen sozial denkenden Wirtschaftler von seltener Tatkraft. Unterhaltungen mit ihm waren für mich stets lehrreich. Er ist ein Mann von scharfem Verstand und großer Vaterlandsliebe. Als ich von seiner Anwesenheit hier hörte, richtete ich es so ein, daß General v. Lossow und Oberst v. Seisser mit ihm zu mir herausfuhren. Herr Minoux entwickelte uns seine politischen und wirtschaftlichen Ansichten. Seine Ansichten über den Aufbau der Wirtschaft erschienen mir indessen so einseitig wirtschaftlich und zu wenig die Psyche des Volkes berücksichtigend, daß ich mich gegen sie wandte. Ich sagte ihm, daß dieses einseitig wirtschaftliche Programm mir nicht gefalle. In seinem Bericht nennt mich Lossow an diesem Abend besonders einseitig völkisch, und am nächsten Tage, der in der geheimen nicht öffentlichen Sitzung besonders hervorgehoben wurde, ging er zu meinem Schwager und sagte, der Ludendorff ist ein böser Mann!!!

Dann waren in jenen Tagen Ende Oktober auch Herr Oberstleutnant Duesterberg vom Stahlhelmbund Halle und Graf Helldorf bei mir. Ich schickte auch sie wieder zu Lossow. Oberstleutnant Duesterberg teilte mir mit, Lossow habe mit ihm über „Angoraregierung" gesprochen.[24]) Dieser Umstand und der weitere, daß General v. Lossow darüber auch geschrieben, und mir seinen Aufsatz in den gleichen Tagen selbst gegeben hat, lassen es mir geboten erscheinen, näher darauf einzugehen.

Im „Heimatland" stand damals ein Aufsatz, daß hier in Bayern eine Angoraregierung gebildet werden müßte. General v. Lossow wandte sich in einer Abhandlung dagegen, die er mir aushändigte. Mit ihm verstehe auch ich unter Angoraregierung in Bayern eine Regierung, die von Bayern aus zunächst eine innere Gesundung Deutschlands erzwingen will.

General v. Lossow kommt zu folgendem Ergebnis: „Es müssen Führer außerhalb Bayerns an der Regierungsbildung beteiligt sein, mit denen die führenden Köpfe der Angoraregierung in Bayern übereinstimmen und mit denen sie gemeinsam handeln können."

Hieraus geht doch klar hervor, daß es sich um eine Angoraregierung in Bayern und nicht um ein Reichsdirektorium in Berlin handelte. An der Bildung dieser Angoraregierung sollen Führer außerhalb Bayerns beteiligt sein, d. h. doch, zur Regierungbildung hierher-

---

[24]) Eine solche Regierung war von dem judenblütigen Freimaurer Kemal Pascha in Angora zur Wiederherstellung der Türkei ins Leben gerufen.

kommen oder in Norddeutschland in Zusammenarbeit abwarten, bis von der Angoraregierung in Bayern die Gesundung Deutschlands erzwungen ist.

General v. Lossow schließt seine Abhandlung wie folgt: „Gleichwohl muß ein Weg gefunden werden, der nicht zum sicheren Mißerfolg führt, sondern auf ähnliche Bahnen, wie sie die türkische Angoraregierung gegangen ist."

Ich habe Unbefangenen den Aufsatz gezeigt. Sie bestätigten mir, daß darin keineswegs eine Ablehnung des Gedankens „Angoraregierung" zu finden ist, wie General v. Lossow meint. Ich kann nur sagen, ich habe die Auffassung bekommen, als ob gerade auf Grund des Schlußsatzes Lossow der Weg der Angoraregierung in Bayern zusammen mit Herren aus dem Norden vorgeschwebt hat.

Bemerkenswert ist noch, daß General v. Lossow den erschreckenden Mangel an Köpfen, die überhaupt für die politische Führung in Betracht kommen, anerkannte und ebenso die Notwendigkeit, den breiten Massen, denen die marxistische Lehre und ähnliches genommen werden sollte, einen anderen Inhalt für ihre geistige Einstellung zu geben, d. h. eben die Lehre Hitlers.

Gerade dieser Aufsatz hat mich in dem Gedanken bestärkt, es handle sich um die Gedankengänge der Vertreter der bayerischen Staatsgewalt, um ein Reichsdirektorium oder um eine Diktatur, die von Bayern aus nach Norden vorzutragen sei.

Am 2. November fuhr Oberst v. Seisser nach Berlin. Ich habe das Ergebnis dieser Reise nicht gehört. Ich erfuhr davon nichts und blieb in den bisherigen Gedankengängen. Heute aber weiß ich, daß das Ergebnis dieser Reise eine entscheidende Änderung in der Anschauung der drei Herren ist. Ich bin fest überzeugt, daß diese Reise der Grund war, warum die Herren die Versammlung am 6. November einberiefen.

Nun besuchte München als Abgesandter des Reichskanzlers Stresemann Admiral Scheer am 5. und 6. November, um sich zu überzeugen, ob die Rüstungen bei Koburg auf Wahrheit beruhen und wie die Absichten in München seien. Ich möchte aber darüber nicht sprechen. Ich machte Scheer keinen Hehl daraus, daß ich für einen Druck in Richtung Berlin sei. Kahr und Lossow aber lehnten scheinbar ab, obwohl am 6. November Major Vogts nach Berlin fuhr, um, wie er selbst sagt, Persönlichkeiten aus Berlin zu holen, deren Mitwirkung Kahr für erforderlich gehalten hatte, um „in die Geschichte Deutschlands einzugreifen" und zu „handeln". Scheer ist jedenfalls nicht rich-

tig von den drei Herren bedient worden. Wenn ich ihm gegenüber nur von Reichswehr gesprochen habe, auf die man sich stützen müsse, so meinte ich damit die bayerische Staatsgewalt. Darum sandte ich ihn auch zu Kahr. Heute sehe ich völlig klar in diesen Dingen.

Am 6. November, nachmittags, kam Major Vogts[25]) zu mir und machte mir die eben erwähnten Angaben. Ich sagte ihm, ich glaube an keinen Entschluß der drei Herren. Major Vogts blieb indes dabei, daß die Herren nun doch zum Handeln bereit wären und kündigte mir den Besuch Lossows auf den nächsten Vormittag an. Er selbst werde nach Berlin fahren und sich nach den Herren aus dem Norden umsehen und sie holen.

General v. Lossow kam denn auch am nächsten Tage um 9 Uhr 30 Minuten zu mir und sagte mir das gleiche. Er machte das endliche Eintreffen der Herren aus dem Norden so dringend, daß ich nach seiner Wegfahrt Herrn v. Scheubner-Richter[26]) zu mir bat, um ihn zu beauftragen, einen Herrn nach Berlin zu schicken, der unter anderen bei Herrn v. Gräfe[27]) vorsprechen sollte, dieser möchte bald zu Besprechungen mit Herrn v. Kahr nach München kommen. Im allgemeinen zweifelte ich, daß Herren, mit Ausnahme des Herrn v. Gräfe, kommen würden. Es erschien mir aber doch bedeutungsvoll, nunmehr auch von Herrn v. Kahr bestätigt zu hören, was Lossow mir gesagt hatte, weil nicht General v. Lossow, sondern der Generalstaatskommissar den bayerischen Staat repräsentierte. Über seine Anschauung wollte ich mich vergewissern. Gleichzeitig sollte ich auch eine Besprechung Hitlers mit Kahr vermitteln, wozu die Anregung von Scheubner-Richter ausging. Ich schlug den Abend vor, da ich den nächsten Tag voraussichtlich voll besetzt war, und zufällig zum Tee Gäste hatte. Ich wurde auf Donnerstag, 4 Uhr nachmittags, bestellt, bat daher meine Gäste, erst abends zu kommen. Die Besprechung Kahr-Hitler kam nicht zustande.

Im Laufe des Gesprächs hatte Scheubner-Richter die Versammlung im Bürgerbräukeller erwähnt, die am 8. November, abends, stattfinden sollte. Ich weiß nur noch, daß ich ein gewisses Befremden und Bedürfnis nach Aufklärung von Lossow gegenüber hatte, da ich der Versammlung eine große politische Bedeutung beilegte und er mir nichts davon gesagt hatte, ebensowenig, wie er zu mir von dem Ergebnis der Reise v. Seissers nach Berlin je etwas gesprochen hatte.

---

[25]) Vom Alldeutschen Verband.
[26]) Vertrauter Herrn Hitlers, gefallen an der Feldherrnhalle 9. 11. 1923.
[27]) Ein Führer der völkischen Bewegung Norddeutschlands.

Um nicht ungerecht zu sein und doch mir ein Urteil zu bilden, fragte ich ihn, ob die Versammlung stattfinde und ob er hingehe. Mein Vertrauen zu ihm war durch die Antwort wieder gestärkt.

Am nächsten Vormittag hatte ich eine Vernehmung im Justizpalast. Sie dauerte, ohne beendigt zu werden, bis in die Mittagsstunden hinein. Ich mußte schließen, weil ich um 4 Uhr die Besprechung mit Herrn v. Kahr hatte und vorher noch zum Mittagessen nach Hause wollte. Bei der Festsetzung des nächsten Termins glaubte ich aus einer Äußerung des Herrn Justizrat v. Zezschwitz entnehmen zu müssen, daß von einer Seite für einen bestimmten naheliegenden Tag eine politische Aktion geplant sei. Ich sprach beim Fortgehen mit Herrn Justizrat v. Zezschwitz darüber.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß das die erste Mitteilung war, die ich davon erhielt, daß die Herren tatsächlich am 12. November, wie aus dem Gang der Verhandlung sich ergeben wird, eine Unternehmung mit diesem Tag als erstem Ausrüstungstag beginnen wollten.

Gegen 3 Uhr nachmittags besuchte mich Graf Helldorff, der mir von seiner Unterhandlung am Vormittag mit Lossow erzählte. Auch hieraus entnahm ich das gleiche, wie aus der Unterhaltung mit Major Vogts am 6. und General v. Lossow am 7. November. Graf Helldorff fuhr mit mir in einem von General v. Lossow gestellten Kraftwagen in die Stadt. Da er sich für den Ausgang der Unterredung erwärmte und ich ihn nicht aufs Unbestimmte warten lassen wollte, bestellte ich ihn in die einzige Privatwohnung, in die ich ihn bestellen konnte, zu Herrn v. Scheubner-Richter.

Über die Unterredung mit den drei Herren ist nicht viel zu sagen. Auch hier war Herr v. Kahr ungehalten: Wo bleiben nur endlich die Herren aus Norddeutschland? Das war die Frage. Dabei wußte er wohl schon, daß Herr Claß und Herr Bang am Freitag oder Sonnabend früh kommen würden. Ich erwähnte noch den Argwohn, der durch die Äußerung des Herrn v. Zezschwitz am Morgen in mir aufgestiegen war. Die Herren gingen in keiner Weise darauf ein. Die Versammlung am Abend wurde in keiner Weise erwähnt. Ich war durch die Unterhaltung so klug wie vorher und fand nur die Worte des Generals v. Lossow bestätigt, indem auch Kahr die Absicht hatte zu handeln, sobald die Herren aus dem Norden da seien; von einem Von-dort-gerufen-werden ist mir gegenüber nicht gesprochen worden. Mir schien indes Einigkeit in Ziel und Weg zu bestehen. Ich fuhr vom Generalstaatskommissariat zu Herrn v. Scheubner-Richter, sagte Graf Helldorff, daß sich nichts geändert habe, er möchte sich auch in Berlin nach Herren umsehen und fuhr dann nach Hause.

Die Herren, die ich für abends 8 Uhr statt nachmittags 4 Uhr zum Tee gebeten hatte, hatten inzwischen abgesagt.

Etwa gegen 8 Uhr abends — ich habe nicht auf die Uhr gesehen — wurde ich angerufen: Im Bürgerbräukeller sei meine Anwesenheit dringend erwünscht. Ich würde sofort in einem Kraftwagen abgeholt werden. Auf meine Frage, was eigentlich los sei, erhielt ich die Antwort, das würde mir mitgeteilt werden. Ob mich Scheubner-Richter anrief oder ein anderer Herr, weiß ich nicht mehr. Ich wartete das Eintreffen des Wagens ab. Scheubner-Richter kam und meldete mir kurz den Vorgang. Wir sprachen etwa 10 Minuten zusammen und begaben uns in schärfster Fahrt zum Bürgerbräukeller.

Im Bürgerbräukeller begrüßte mich Hitler und bat mich, das Amt eines Befehlshabers einer zu bildenden nationalen Armee zu übernehmen, indem er mir die Sachlage kurz, wie Scheubner-Richter schilderte. Die Frage war für mich, wie stellt sich die bayerische Staatsgewalt dazu, verkörpert in den drei Herren. Wie die drei Herren dachten, wußte ich nicht. Ich sah in dem Vorgefallenen höchstens ein Vorprellen in der von ihnen selbst gewiesenen Zielrichtung und zweifelte nicht daran, daß die Herren innerlich mit ihrem Entschluß fertig waren. Ich habe mich in schweren Lebenslagen schnell zu einem Entschluß bekennen müssen, und so machte ich es auch hier. Ich trat in das Nebenzimmer. Ich habe keine Waffe gesehen, auch nicht am Fenster. Die Herren standen zwanglos, unbewacht. Poehner war anwesend, der mit Kahr sprach. Ich begrüßte diesen, trat dann auf Lossow zu und sagte ihm etwa: der Stein sei ins Rollen gekommen, die Sache müsse nun doch wohl weitergeführt werden. Ich stellte mich der Bewegung zur Verfügung und ging dabei von der Auffassung aus, daß das Ziel des Hitlerunternehmens mit dem Ziel der drei Herren durchaus identisch sei, daß das Ziel aber dann gefährdet wäre, wenn der nun einmal jetzt eingeschlagene Weg nicht weiter beschritten werde. Selbstverständliche Voraussetzung war aber, daß die bayerische Staatsgewalt mitkommen würde. Lossow erwiderte mir auf meine Frage, es sei seine Ansicht, daß das Unternehmen jetzt weiter geführt werden müsse. Ebenso Oberst v. Seisser. An Einzelheiten entsinne ich mich nicht. Ich sprach dann mit Poehner, ob er den ihm angebotenen Platz annehme. Er sagte, er müsse sich mit Exzellenz v. Kahr besprechen. Exzellenz v. Kahr meinte mir gegenüber, er sei doch sozusagen mit der Pistole ins Nebenzimmer geführt worden, er könne sich nicht entschließen, die Herren im Saal könnten glauben, er stehe auch hier unter Druck. Endlich entschloß er sich auf inständiges Bitten Hitlers, wobei auch ich mich beteiligt habe. In

meiner Anwesenheit ist kein Zwang auf die Herren ausgeübt worden. Sie haben sich auch nicht über einen Zwang beklagt. Hätte ich derartiges gesehen, dann hätte ich eingegriffen. Sie haben mir auch nicht etwa vorgeworfen, ich hätte nicht loyal gehandelt.[28]) Sie haben auch nicht Komödie gespielt. Sie entschlossen sich als freie Männer durch Wortabgabe und Handschlag als Vertreter der bayerischen Staatsgewalt, die sie bereits seit Wochen innehatten und weiterführten. Die Macht lag fest in den Händen der drei Herren. Die Herren wurden nicht vor eine Lage gestellt, die ihnen fremd war, überrascht waren sie, obschon sie doch selbst nach dem Bericht eine Überraschung gefürchtet hatten. Die Gesamtlage jedenfalls war ihnen nicht fremd und vielleicht noch weniger fremd, als ich annahm. Unleugbar lag ihre Zustimmung in der Zielrichtung, die sie selbst eingeschlagen hatten und in der Lossow an mich herangetreten war, der Vertreter der Teile der Reichswehr, die sich dem bayerischen Staatskommissar zur Verfügung gestellt haben.

Die Herren, so nahm ich damals an, waren nur genötigt, in der gleichen Weg- und Zielrichtung weiterzuschreiten, die sie selbst eingeschlagen hatten.

Ich wiederhole: Als ich an General v. Lossow herantrat, nahm ich an, daß sein Entschluß fertig sei: in solchen Augenblicken gibt es für mich nur einen schnellen Entschluß. Ebenso war es bei Oberst v. Seisser. Ich habe diesen beiden Herren nicht zugeredet. Dazu war kein Anlaß: Ich sah und fand gar keinen Widerstand. Ja! Herrn v. Kahr habe ich zugeredet. Ich hielt es für verderblich, wenn der nationale Wille Schaden litte. Eine Ansprache an die Herren habe ich nicht gehalten. Ich war der Ansicht, daß ich es mit Deutschen Männern zu tun hatte, die mir ihr Deutsches Wort und ihren Deutschen Handschlag freiwillig gaben. Hätten die Herren nein gesagt, dann hätte ich gesagt: Nun, dann nicht, dann muß von dem Unternehmen Abstand genommen werden!

Ich wiederhole nochmals, daß ich fortgesetzt überzeugt war, die drei Herren hätten die bayerische Staatsgewalt, die sie bereits innehatten, nunmehr offen in den Dienst der Sache gestellt, die sie selbst beabsichtigten, was für mich die selbstverständliche Voraussetzung für

---

[28]) Oberst v. Seisser führt bei seiner Aussage an, er hätte geglaubt, General Ludendorff hätte eine ihm gegenüber irgendwie eingegangene Verpflichtung verletzt. Er hat von ihm nie eine unmittelbare Zusicherung erhalten. Von der Verletzung einer Verpflichtung seinerseits war auch im Nebenzimmer oder in der ganzen Nacht nie eine Rede. Warum das damals ausgesprochen wurde, ist leicht erkennbar.

meine Beteiligung war. Wenn später Herr v. Lossow den Vertretern der Presse erklärte: „Wenn Ludendorff und Hitler Diktatoren geworden wären, so wären die Namen v. Lossow und v. Seisser nur eine Narrenposse gewesen", so kann ich nur erklären, daß es mir nicht daran lag, eine Narrenposse aufzuführen. Ich wollte sie auch, heißt es als Popanz, um Reichswehr und Polizei herüberzuziehen. Wenn man das glaubt, daß ich das tun könnte, dann kennt man mich nicht.

Es kamen die Erklärungen im Saal und eine kurze Besprechung im Nebenzimmer.[29]) Ich komme in geschlossener Sitzung darauf zurück und möchte hier nur feststellen, daß das, was die Anklageschrift behauptet, nicht richtig ist.

Ich kann über mein Gespräch mit Oberstleutnant Kriebel nur das bestätigen, was er heute gesagt hat. Er trat an mich heran und bat mich, ihm keine besondere Stellung zu übertragen. Ich bat ihn, bei mir zu bleiben; wir wollten zu General v. Lossow fahren und das in Ruhe behandeln. Ich habe Kriebel nicht als Führer des Kampfbundes gebeten. Er war bei mir im Sommer 1918. Hoffnungen und Enttäuschungen im Hauptquartier wechselten ab, Freude wechselte mit tiefster Sorge. Da war mir Oberstleutnant Kriebel ein lieber Gefährte, darum bat ich ihn. Ich hatte nicht den Glauben, daß in dieser kurzen Zeitspanne derselbe Kampf wie im Sommer 1918 durch meine Seele ziehen würde und wir in kurzer Zeit dasselbe erleben würden wie damals.

Dann kamen die Vorgänge mit der Infanterieschule. Ich war genau so überrascht über das Eintreffen der Infanterieschule wie Kriebel. Ich habe erst nachher gehört, daß mit meinem Namen gearbeitet worden ist, und möchte hier klar aussprechen, daß mein Name damit nichts zu tun hat. Die Infanterieschule wurde durch Roßbach mir gemeldet, weil v. Lossow nicht mehr anwesend war. Ich weiß nur, daß ich Roßbach noch fragte: Wie steht General v. Tieschowitz? Roßbach sagte: Er habe sich auf seinen Eid berufen, er könne sich nicht beteiligen; er habe aber der Infanterieschule nichts in den Weg gelegt. Ich bin dann die Front entlang gegangen unter dem Rufe: „Heil Deutschland".

Dann fuhren wir über die Polizeidirektion ins Wehrkreiskom-

[29]) Herr Hitler verließ darauf den Bürgerbräukeller. Ich weiß nicht, wohin er sich begeben hat. Ich entließ die drei Herren auf ihre Dienststellen, weil ihre Untergebenen gegen uns gehandelt haben würden. Ihre entsprechende Einstellung war bekannt. Nur die drei Herren konnten die unteren Dienststellen uns zuführen und so die Unternehmung erfolgreich beenden. Andernfalls war das ausgeschlossen.

mando. Die Vorgänge haben sich nun genau so abgespielt, wie Kriebel sie geschildert hat. Da ich in der Polizeidirektion absolut nichts zu tun hatte, gingen die beiden Herren, Kriebel und Dr. Weber, hinauf und ich blieb zurück. Dann fuhren wir ins Wehrkreiskommando, wo wir vor 12 Uhr eintrafen. Hier ging es ins Zimmer von Hauptmann Röhm. Das war kein sehr angenehmer Aufenthalt, ich blieb aber, weil ich mir sagte, ich bin nicht Herr im Hause. Unsere Sorge ging dahin, nun die Verbindung nach zwei Seiten aufzunehmen, nämlich mit Seisser und Lossow.

Ich erhielt nun Verbindung mit Herrn v. Seisser und fragte ihn, was mit I/19 los sei. Er antwortete, das wisse er nicht, er werde bald kommen. Ich sandte dann noch zwei Boten an ihn ab: einen, vielleicht Leutnant Rainer, der mir das gleiche mitteilte: Oberst v. Seisser werde gleich kommen; der andere mit einer schriftlichen Bitte, wurde von Seisser nicht empfangen. In diesem Zusammenhang wurde der Befehl gegeben, daß die Infanterieschule den Schutz des Generalstaatskommissars übernehmen solle, da wir annahmen, die Herren v. Kahr und v. Seisser seien im Generalstaatskommissariat unfrei und hätten mit Schwierigkeiten bei ihrer Umgebung zu kämpfen. Wenn jemand in meinem Namen den Befehl gegeben hat, dann nehme ich die Verantwortung auf mich. Ob ich den Befehl gegeben habe, weiß ich nicht mehr. Wenn es vor dem Generalstaatskommissariat zu Schwierigkeiten gekommen ist, so nur, weil wir die Verbindung mit dem Polizeipräsidium nicht bekamen. Es war nach bestem Wissen alles geschehen, um Reibungen auszuschließen.

Über den Verbleib des Generals v. Lossow waren wir lange Zeit nicht unterrichtet. Alle Versuche, mit I/19 in Verbindung zu kommen, schlugen fehl. Endlich erscheint Leutnant Roßmann, um seine Wache abzuholen. Er bat um eine Darstellung der Lage, da sein Bataillonskommandeur aus der Lage nicht klug werde. Während Kriebel schrieb, sprach ich mit Roßmann, der fragte, ob wir schießen wollen. Ich verneinte: Wir wollen zusammengehen, wir hätten nicht die Absicht, auf die Reichswehr zu schießen; ich beauftrage ihn, Lossow in meinem Auftrage um eine Unterredung zu ersuchen. Als nun Kriebel fertiggeschrieben hatte, bat mich Roßmann, die Mitteilung zu unterschreiben. Ich unterschrieb; nun ist zu meinem großen Bedauern diese Meldung verloren gegangen, die vor allem das Märchen zerstört hätte, wir wollten die Truppe zu uns herüberziehen. Wir haben nicht einen Finger dazu gerührt. Wir baten Roßmann, wiederzukommen. Roßmann kam nicht wieder. Bald darauf kam Major Siry, den wir nun zu Lossow sandten. Siry kam auch nicht wieder. Hierauf schickte

ich den Rittmeister v. Bieberstein nach Ingolstadt zu Oberstleutnant Hoffmann mit der kurzen schriftlichen Bitte, zu kommen.

Wir gaben die Hoffnung nicht auf, daß General v. Lossow die ihn bedrohenden Widerstände überwinden werde, wenn einsichtige Offiziere ihn aus freien Stücken unterstützen würden. In diesem Streben bat ich auf Vorschlag Major Hühnleins auch Oberst Leupold zu mir. Herr Hitler war anwesend, als Oberst Leupold kam. Wir zogen uns in ein Zimmer zurück. Oberst Leupold erklärte, er habe vor wenigen Stunden, etwa um 3 Uhr, erfahren, daß General v. Lossow sich nicht an sein Wort gebunden halte, da er unter Pistolenzwang gehandelt habe. Ich fiel, wie er mir das sagte, aus den Wolken und widersprach sofort. Sie wissen, meine Herren Richter, selbst, daß ich keine Pistole gesehen habe! Ich sagte, das sei nicht richtig, er habe nicht unter Pistolenzwang gehandelt. Von Gewaltanwenden hat Oberst Leupold meines Erachtens nicht gesprochen, ich hätte sonst darauf hingewiesen, daß das eine Felonie wäre, wie sie in der Deutschen Geschichte noch nicht vorgekommen ist. Ich habe den Eindruck, daß Oberst Leupold in der Funktion als Vermittler weggegangen ist. Ich habe den Besuch Leupolds nie so angesehen, als ob er mir irgend etwas Endgültiges, Abschließendes mitgeteilt hätte. Ich habe eine Zeitlang nicht gewußt, ob Hitler bei dieser Besprechung zugegen war; viel gesprochen hat er jedenfalls nicht.

Ich möchte hier in aller Ruhe die traurige Feststellung machen, — es hat mir wehe getan und tut mir heute noch weh — daß Deutsche Offiziere mir ihr Wort und ihren Handschlag gebrochen haben.

Lossow kam nicht, deshalb ging ich zu meinen völkischen Freunden und verabschiedete mich von Hauptmann Röhm, zu dem ich sagte, er möge vorläufig dableiben. Hier wird in der Anklageschrift gesagt, ich hätte den Befehl zum Besetzen des Wehrkreiskommandos gegeben. Das ist nicht richtig. Ich habe zu Röhm unter ganz anderen Voraussetzungen gesprochen: ich dachte nicht daran und konnte nicht daran denken, daß später so gehandelt werde, wie gehandelt worden ist. Die Voraussetzungen zu meiner Weisung waren morgens ganz anders, wie sie sich nachher verwirklichten. Hauptmann Röhm hat aber militärisch richtig gehandelt, als er später ohne einen Befehl von mir das Wehrkreiskommando nicht räumen wollte. Er bekam diesen Befehl sofort, nachdem ich von dem Eintreffen der Reichswehr Kenntnis erhalten hatte, ich hätte ihn auch sogleich darum ersucht, wenn ich von den Absichten Lossows Kenntnis gehabt hätte. Ich hätte auch nicht anders gehandelt wie Hauptmann Röhm.

In der Anklageschrift heißt es, ich hätte mich zum Bürgerbräukeller begeben, weil ich mich im Wehrkreiskommando nicht sicher fühlte. Das hätte nicht gesagt werden sollen! [30]) Ich fuhr in den Bürgerbräukeller, weil alles andere unwürdig gewesen wäre. Am Abend vorher hatte ich mit Hitler und den anderen Herren ein Treuegelöbnis ausgetauscht. Jene drei brachen ihr Wort, für mich war das ausgeschlossen! Wie sich die Verhältnisse auch entwickeln mochten, ich gehörte zu meinen völkischen Freunden.

Hitler hatte die Absicht, durch Propaganda in der Stadt zu wirken und dadurch auch auf die drei Herren Einfluß zu gewinnen. Zwei Ereignisse sind mir besonders im Gedächtnis geblieben. Das erste ist der Besuch des Majors Haselmayr und Hauptmann v. Kraußer. Haselmayr erklärte, er kenne die Haltung Lossows nicht und wolle vermitteln. Ich bat ihn, Aufklärung zu schaffen und gab ihm ein Auto zur schleunigen Erledigung. Er kam nicht zurück.

Wie ich später erfuhr, habe Herr v. Lossow gesagt: Mit dem Gesindel verhandle ich nicht!

Dann hörte ich von dem Aufruf des Vorsitzenden der drei bayerischen Offiziersverbände — ich will nicht weiter davon sprechen! [31])

Aus dem ganzen Zusammenhang drängte sich mir nun die Überzeugung auf, daß das nationale Wollen, so wie es im Zusammengehen mit der bayerischen Staatsgewalt am Abend vorher geplant war, gescheitert sein könnte. Ohne die bayerische Staatsgewalt, allein auf die Kreise des Kampfbundes gestützt, war die Erhebung nie für denkbar gehalten. Ich sah die Gefahren für das Vaterland wieder ihr Haupt erheben, die ich vor dem 21. Oktober so hoch eingeschätzt hatte, darum entschloß ich mich, die völkische Bewegung zu retten, nicht der völkischen Bewegung zuliebe, sondern dem Vaterland zuliebe, und nur die völkische Bewegung, das ist meine heilige Überzeugung, wird es retten, sonst niemand.

Diese Gedanken für die Deutsche Zukunft beschäftigten mich vornehmlich. Alles andere trat dagegen zurück. Um Einzelheiten bekümmerte ich mich nicht, das war nicht meine Aufgabe. Mich jetzt von der Bewegung zu trennen, war unmöglich für mich: Es wäre Treubruch gewesen, unwürdig eines General Ludendorff.

Bis gegen 11 und 11.30 Uhr lauteten die Nachrichten aus der Stadt dahingehend, daß die Propaganda überall freudig begrüßt

---

[30]) Der Staatsanwalt gibt dazu eine Erklärung, für die sich General Ludendorff bedankt.

[31]) Der Aufruf wandte sich scharf gegen Herrn Hitler und General Ludendorff.

wurde. Irgendein Maueranschlag wie der berühmte: „Ehrgeizige Gesellen!“ war uns nicht bekannt geworden. Ich hörte nur von einem Anschlag des Ministers Matt (betraf den „Preußen Ludendorff“). Die Lage war noch immer nicht geklärt und sie erforderte einen Entschluß. Den Rückzug nach Rosenheim habe ich verworfen, weil dann die völkische Bewegung im Straßenschmutz geendet hätte, und das war unwürdig der völkischen Bewegung (zu Oberstleutnant Kriebel: Bitte um Verzeihung, lieber Kriebel, wenn ich hier anderer Meinung bin wie Sie!). Das einzig Würdige war der Zug. Wir haben befohlen, daß die Gewehre entladen würden. Es war ein friedlicher Zug!

Ich habe bei Lüttich im Straßenkampf gestanden und kann das beurteilen. Es war ein Aufklärungzug, da gehörten die Führer voran. Ich habe mir auch gesagt, es wäre geringe Möglichkeit, daß von seiten der Landespolizei oder Reichswehr von der Waffe verbrecherischer Gebrauch gemacht werden kann, dann habe ich erst recht die Pflicht, an der Spitze zu sein.

Der Posten an der Ludwigsbrücke lud, machte aber auf Zuruf die Straße frei. Ist der Posten später entwaffnet worden, so ist das durchaus gegen die Absicht der Führung geschehen. Ich habe es nicht gesehen. Der Schuß, der dort gefallen ist, wird sich auf ganz harmlose Weise aufklären.

Am Marienplatz wollten wir umkehren, der Platz war gedrängt voll, wir wurden umjubelt. Wir bogen von der Weinstraße in die Perusastraße und dann in die Residenzstraße ein. Man handelt manchmal in Augenblicken des Lebens, man weiß nicht warum. Ich habe Tannenberg geschlagen. Wenn ich mich frage: Warum so? Ich kann es nicht sagen. Die Gründe werden in Geschichtsbüchern stehen, da habe ich es mir zurechtgelegt. (Heiterkeit.) Vielleicht wollte ich Röhm abholen.

So kamen wir an die Preysingstraße, und an dieser Stelle wich der Reichswehrposten aus, genau so wie vorher die Polizei. Einzelheiten will ich Ihnen nicht sagen, alles ist an der Feldherrnhalle blitzartig vor sich gegangen: vom Fuß der Halle her tauchten Leute auf, die schossen, und gleichzeitig setzte links von mir Feuer ein, ohne daß irgendeine Warnung erfolgte. Ich habe Leute schießen sehen, den Kolben an der Hüfte! Sehen Sie sich die Residenz an, die Schüsse sind gefallen von der Feldherrnhalle, und wenn Hauptmann Schraut und seine Beamten gefallen sind, so von Schüssen, die von der Feldherrnhalle gegen die Residenz fielen.

Ich ging weiter und das Weitere brauche ich Ihnen nicht zu sagen.[32])

Auf der Residenzwache hörte ich von den gleichzeitigen Vorgängen beim Wehrkreiskommando. Ich gab Hauptmann Röhm die Weisung, die Sache dort abzubrechen. Major Haselmayr und Oberstleutnant Hoffmann teilten mir mit, daß in Berlin die Diktatur Seeckt ausgerufen sei. Wie das Kapp-Unternehmen damals München eine sogenannte Rechtsregierung gebracht hatte, so hätte die Unternehmung Hitlers jetzt in Berlin befreiend gewirkt. Heute verstehe ich diese Nachricht und kann damit dem Vorsitzenden einen Fingerzeig geben, wohin die Untersuchung auszudehnen ist.

Die Hoffnung, die ich für die Genesung des Vaterlandes und für die Stärkung des nationalen Willens am Abend des 8. November gehegt hatte, war vernichtet, weil Kahr, Lossow und Seisser das große Ziel, von dem ich glaubte, daß sie es im Auge hätten, aus dem Auge verloren haben, weil die große Stunde in ihnen kleine Menschen gefunden hat. Das allerschmerzlichste war für mich, daß ich aus den Ereignissen die Überzeugung gewonnen habe, daß unsere führende Gesellschaftschicht sich als unfähig erwiesen hat, dem Deutschen Volk den Willen zur Freiheit zu geben. Alle Gefahren, die ich vor dem 21. Oktober gesehen habe, erhoben wieder ihr Haupt.

Es war gelungen, die völkische Bewegung aus Treubruch, Verrat und Mordanschlag zu retten. Durch Märtyrerblut gestärkt, erhielt sie neue Kraft. Das ist das von ihren Feinden nicht gewollte Ergebnis des 8. und 9. November. Möge sie befähigt sein, die große Aufgabe zu erfüllen, die ihr von der Geschichte und dem deutschen Volke zugewiesen ist!

Wir wollen nicht einen Rheinbund von Frankreichs Gnaden, nicht einen Staat unter dem Einflusse marxistisch-jüdischer oder ultramontaner Gewalten, sondern ein Deutschland, das nur den Deutschen gehört, und darin nichts herrscht als Deutscher Wille, Deutsche Ehre und Deutsche Kraft! einen Hort des Friedens — so wie zu Bismarcks Zeiten." (Es herrscht Totenstille im Saal.)

*

Am 24. und letzten Verhandlungtag vor dem Volksgericht München, vier Tage vor dem Urteilsspruch, am Geburttage des Altreichskanzlers, erhielt General Ludendorff mit den anderen Angeklagten des Hitlerprozesses das Wort zum Schluß:

---

[32]) General Ludendorff durchschritt aufrecht die auf ihn und den Zug feuernde Schützenlinie, während sich alle übrigen Zugteilnehmer hinwarfen. Lediglich Major Streck folgte ihm.

„Meinen eigenen Ausführungen und den Ausführungen meiner Herren Verteidiger habe ich nichts hinzuzufügen. Mein Handeln in jenen kritischen Tagen an der Seite meiner Freunde liegt gerade und gradlinig vor Ihnen. Meine Herren Richter! Sie werden die Überzeugung gewonnen haben, daß Hochverrat in den hier sitzenden Männern nicht vor Ihnen steht.

Sei es wie es sei! Ich bin stolz darauf, daß ich mit meinen Freunden, die wir das Beste unseres Landes wollen, hier vor Ihnen stehe und daß ich ihr Schicksal auch weiter mit ihnen teilen werde.

Kraft meines Rechtes als Angeklagter, kraft meines historischen Rechtes — und ich bitte, davon hier diesmal Gebrauch machen zu dürfen! — will ich zu Ihnen noch wenige Worte sprechen: sie kommen aus dem Herzen eines Mannes, der Schwereres zu tragen hatte und der mehr erlebt hat als Sie und alle, die hier in diesem Saale versammelt sind.

Man sieht in mir Tannenberg. Man sieht in mir große andere Schlachten und glänzende Feldzüge. Man sieht in mir einen Repräsentanten des alten Heeres, um dessen Fahnen sich ewiger Ruhm windet. Man sieht in mir den Vertreter einer ruhmreichen großen Zeit, der die Grenzen des Landes schirmte und jetzt hineinlebt in eine Zeit des Verfalls.

Was Sie aber nicht sehen, das ist meine Lebensarbeit — mein Ringen mit dem eigenen Volke um seine Zukunft!

Am 22. März, dem Geburtstage unseres greisen Heldenkaisers, 1904 war es, vor zwanzig Jahren, kam ich in die Aufmarschabteilung des Großen Generalstabes. Sehr bald erkannte ich dort, daß wir nicht stark genug seien, um unsere Stellung als freies Volk zu wahren und unsere Zukunft so zu gestalten, wie es das Recht eines freien Volkes ist. Auf politischem Wege wollten wir unser Recht wahren, statt es auf die Macht zu stützen. Und dabei erkannte ich, daß Kräfte im Volke da waren, die für die Gestaltung seines Schicksals nicht voll ausgenützt wurden oder noch brach lagen. Vom 22. März 1904 an begann mein Ringen für das Volk, und in schweren Kämpfen rang ich seitdem um die Wehrhaftmachung unseres Volkes.

Endlich, im Jahre 1912, konnte ich die große Wehrvorlage bringen! Die Welt sieht, wie drei Armeekorps, die diese Vorlage forderte, nicht bewilligt wurden und dann bei der Entscheidung fehlten. Die Welt müßte sehen, sieht aber nicht das, was ich wollte: die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, von der wir immer weiter zurückgeblieben waren!

Meine Warnung, die ich damals aussprach, drang nicht durch. Ich wurde aus dem Generalstab versetzt, mein damaliger kommandierender General erhielt noch einen Uriasbrief, er solle mir Disziplin beibringen — weil ich für die Freiheit, die Sicherheit, die Ehre und den Ruhm des Vaterlandes kämpfte und weil mir diese Dinge höher standen als schweigende Unterordnung.

Die berufenen Stellen damals waren sich ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber nicht bewußt. Sie erzogen das Volk nicht auf den Ernst der Stunde, und ein nichterzogenes Volk, wenn auch gegen eigenen Willen, in einen Krieg führen heißt: es dem Untergange weihen! In wirtschaftlichem Denken befangen glaubten sie, „der Krieg" könne nur Monate dauern, und hatten das Wort Moltkes über „den kommenden Krieg" vergessen: „Es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden."

Da kam der Weltkrieg, und nachdem viel Gut und Blut vertan, wurde ich berufen, an der Seite des Generalfeldmarschalls den Krieg zu führen mit einer Macht, die ich schon vor dem Weltkrieg als ungenügend erkannt hatte. Da konnte für mich kein Zweifel sein, daß das Notwendigste sei, das Volk hinauszuführen über die allgemeine Wehrpflicht und von jedem Deutschen, ob Mann oder Frau, zu verlangen, daß er dem Vaterlande dient, sei es in der Heimat, sei es am Feind.

Ich meinte, jeder solle die Notwendigkeit dazu erkennen. Aber auch diese Gedanken drangen nicht durch! Das Hilfsdienstgesetz kam. Das Volk wurde trotz meiner Bitte nicht aufgeklärt. Die breite Masse, zum Teil in ihrer bitteren, unendlichen Not, wandte sich immer schärfer gegen mich, weil ich für das Volk, für seine Freiheit und Sicherheit, weil ich für die Ehre und den Ruhm des Vaterlandes auch damals arbeitete und kämpfte; weil ich aus dem Zwang der Lage von ihm mehr verlangte, als je von ihm verlangt worden war: daß nämlich nicht allein das Sterben, sondern das schwere, arbeitsreiche Leben, das Leben voll Entbehrung und harter Pflicht, und unablässiger und unerbittlicher Kampf für das Vaterland die Hauptsache sei; daß es für das Vaterland ein Opfer überhaupt nicht gibt und daß in solchen Stunden alles dem Vaterland gehört.

Und wieder verhallte meine Warnung. Wieder haben sich die verantwortlichen Stellen der großen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, und das Unglück kam!

Nun ist das Unglück da. Ich meinte jetzt, daß sich nun doppelt und dreifach jeder Deutsche, wie ich es im Kriege verlangt habe, in den Dienst des Vaterlandes stelle. Es war aber anders.

Die klare Erkenntnis unserer furchtbaren Not und Schwäche, den eisernen Willen einer starken Gemeinschaft selbstloser Menschen, das Streben nach der Wehrhaftigkeit, die allein unserem Volke die Ehre und Freiheit wiedergeben kann, traf ich nur in der völkischen Bewegung an. In der Deutschen Freiheitbewegung sah ich die Männer, die dazu bereit sind, dem Vaterland alles zu geben und das Volk zu erziehen. Wenn diese Männer hier mit mir auf der Anklagebank sitzen und des Hochverrats angeklagt sind, so geschah dies, weil sie diesen Willen und dieses Streben im Lande wieder zur Geltung bringen und in diesem Geist das Volk erziehen wollten! Die Angeklagten sitzen hier vor Ihrem Richterstuhl — sie sitzen aber auch vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte! und die Weltgeschichte führt seit Jahrtausenden Männer, die für ihr Vaterland reines Herzens männlich gekämpft haben, nicht in Festungshaft, sondern nach Walhall!

Der Reichskanzler, Vertreter eines unrühmlichen Geschlechts in unserer großen Vergangenheit, eines abgelebten Geschlechtes, dessen verderbliches Wirken verkündet wird von umflorten Marksteinen: Zabern 1912, Friedensresolution 1917, dem 20. Oktober 1918 und wie die Marksteine in immer dichterer Reihenfolge heißen mögen, spricht das unerhörte Wort:

> „Ich sage: wenn der völkische Gedanke weitere Kreise des Volkes ergreifen sollte, so wäre das schlimmer als der verlorene Krieg; denn dann sind wir verloren für immer“,

es reiht sich würdig an jenes furchtbare andere Wort, das ich bei meiner Vernehmung anführte und das den Dolchstoß am 20. Oktober 1918 kündete:

> „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie diesesmal siegreich heimgebracht zu haben.“

Aus diesen Worten sprechen Männer, die für die idealen Güter des Volkes und für die Gegenwart kein Verständnis haben.

Ich erhebe diesmal vor aller Welt meine warnende Stimme, zum dritten Male, und sage Ihnen: Wenn der völkische Gedanke nicht das Volk in seinen breiten Schichten durchdringt, so sind wir verloren! verloren für immer, und wir erleben ein neues Versailles, ein Versailles, das noch schlimmer ist als das von 1919, das durch die Unterschrift eines Parteigenossen, des Herrn Reichskanzlers, für uns Verbindlichkeit erhalten haben soll — wir erleben dann ein Versailles der dauernden Versklavung an Frankreich und die internationalen Geld-

mächte, das Gestrichenwerden aus der Reihe der freien und geachteten Nationen.

Meine Herren Richter! Vor Ihnen stehen die Angeklagten. Seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt! Hören Sie meine Stimme! Hören Sie den Schrei der Deutschen Seele nach Freiheit! den Schrei der Deutschen im besetzten Gebiet!

Einen Tag, wie ich annehme, nach dem Urteilspruch ist der 1. April — der Geburttag des Fürsten Bismarck, des Gründers des Reiches, der seine Politik durchführen konnte, weil er sich stützen konnte auf ein wehrhaftes Volk und auf die Armee König Wilhelms. Setzen Sie sich nicht mit dem Urteil der Weltgeschichte in Widerspruch! Geben Sie die Männer, die vor Ihnen sitzen, dem Volke wieder. Denn die Aufgabe dieser Männer ist es, das Volk wehrhaft zu machen und zur Tat zu erziehen. Nicht mit Worten, sondern durch die Tat wird Weltgeschichte gemacht."

*

Das Gericht wählte zur Verkündung des Urteilspruchs den 1. April!

Kampf gegen Juda und Rom

Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse

von Erich Ludendorff

geh. 1,50 RM., geb. 2,50 RM., 117 Seiten, 151.—153. Tausend

Kriegshetze und Völkermorden

von Erich Ludendorff

geh. 2,— RM., geb. 3,— RM., 164 Seiten, 61.—70. Tausend

Das Geheimnis der Jesuitenmacht und ihr Ende

von E. u. M. Ludendorff

geh. 2,— RM., geb. 3,— RM., 180 Seiten, 31.—35. Tausend

Induciertes Irresein durch Occultlehren

an Hand von Geheimschrift nachgewiesen

von Frau Dr. M. Ludendorff

geh. 1,20 RM., 120 Seiten, 9.—11. Tausend

Erlösung von Jesu Christo

von Frau Dr. M. Ludendorff

Volksausgabe 2,— RM., geb. 4,— RM., 376 Seiten
28.—32. Tausend

Ein Priester ruft: Los von Rom und Christo

von Franz Griese

geh. 1,50 RM., 89 Seiten, 11.—13. Tausend

Der Trug vom Sinai

von Ernst Schulz

geh. 2,— RM., 112 Seiten, 4.—6. Tausend

Enthüllte Geheimnisse jüdischer Geschichte

von Herbert Frank

geh. —,30 RM., 28 Seiten, 9. u. 10. Tausend

Das Reichskon'ordat vom 20. Juli 1933

von Dr. Armin Roth

geh. —,80 RM., 64 Seiten, 19. u. 20. Tausend

Kunst im Druck, GmbH., München



→ Lest die „Deutsche Wochenschau“

Achtung freie Deutsche!

Die ständige Kampfwaffe Ludendorffs ist seine Wochenschrift:

Deutsche Wochenschau

Völkische Feldpost

Berlin SW 68, Zimmerstraße 7

Bezugspreis monatlich 1 Mark / Durch die Post zu beziehen

Jede Woche erscheint in dieser Wochenschrift als Ergänzung der Schriften des Generals Ludendorff neue und weitere wichtigste Kampfaufklärung über die Verbrechen der überstaatlichen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart, die zu verbreiten, vor allem für das Deutsche Volk, aber auch für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist. Aber darüber hinaus wird in der Deutschen Wochenschau dem Deutschen Volke und allen Völkern der Erde der Weg zur Arterhaltung und Freiheit und die schöpferische Gestaltung einer lebendigen, wehrwilligen Volkseinheit und der sie und ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit sichernden Staatsform gezeigt.

Durch die Aufsätze des großen Feldherrn und Befreiers von den überstaatlichen Mächten General Ludendorff und der großen Philosophin Dr. Mathilde Ludendorff (von Kemnitz) hat die Wochenschrift weltgeschichtliche Bedeutung und die verflossenen Jahrgänge sind heute schon gesuchte, hochbewertete Dokumente.

Die Schriftleitung der Deutschen Wochenschau.

Jeder Deutsche liest die „Deutsche Wochenschau!“

Der Feldherr Erich Ludendorff und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff schrieben in den Jahren 1926 bis zum April 1929 Beiträge für die **„Deutsche Wochenschau“**. Ab Mai 1929 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 veröffentlichten beide ihre Beiträge in der Wochenschrift **„Ludendorffs Volkswarte“**. Ab 1933 bis 1939 schrieben beide in **„Am Heiligen Quell Deutscher Kraft – Ludendorffs Halbmonatsschrift“**. Digitalisiert als Leseproben jeweils im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderer Quellen erhältlich. Ansonsten digitalisiert im PDF-Format zu beziehen beim Verlag Hohe Warte (www.hohewarte.de, E-mail: vertrieb@hohewarte.de) oder unter www.booklooker.de.